



**MARCHIVUM**

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

### **Neue Mannheimer Zeitung. 1924-1943 139 (1928)**

446 (25.9.1928) Abendblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-348288](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-348288)



# Neue Mannheimer Zeitung

## Mannheimer General-Anzeiger

Bezugspreise: In Mannheim u. Umgebung frei ins Haus...  
Bei evtl. Änderung der wöchentlichen Verhältnisse...  
Hauptredaktion: 17980 Karlsruher...  
Telefon: 24944, 24945, 24951, 24952 u. 24953

Anzeigenpreise nach Tarif, bei Vorauszahlung je eins...  
Kolossalzettel für Illagen, Anzeigen 0,40 R.-Bl. ...  
4 R.-Bl. Kollektiv-Anzeigen werden höher berechnet...  
Anzeigen-Vorarbeiten für bestimmte Tage, Stellen u. Aus-  
gaben wird keine Besondere Berechnung übernommen...  
Höhere Ge-  
walt, Streiks, Betriebsstörungen usw. berechtigen zu keinen  
Eskalationspreisen für ausgefallene od. beschränkte Ausgaben  
oder für verspätete Aufnahme von Anzeigen. Aufträge durch  
Fernsprecher ohne Gewähr. Gerichtsstand in Mannheim.

Beilagen: Sport und Spiel · Aus Zeit und Leben · Mannheimer Frauenzeitung · Unterhaltungs-Beilage · Aus der Welt der Technik · Wandern und Reisen · Gesetz und Recht

### Deutsche Opposition in Genf

#### Gegen die Verschleppung der Abrüstung

##### Ungarn protestiert mit

Genf, 25. Sept. (United Press.) Der Vertreter Deutsch-  
lands in der Abrüstungskommission, Graf Bernstorff,  
und der Vertreter Ungarns, Tanczos, geben bekannt,  
dass sie fest entschlossen sind, zum Zeichen ihrer bitteren Ent-  
täuschung sich heute bei der Abstimmung über den Resolutions-  
entwurf des Redaktionskomitees der Stimme zu ent-  
halten.

Nachdem Graf Bernstorff schon vor einigen Tagen be-  
kanntgegeben hatte, dass er wegen der Nichtannahme des deut-  
schen Vorschlags im Entwurf der Resolution sich der Stimme  
enthalten werde, waren unter der Hand Versuche gemacht  
worden, ihn noch in letzter Stunde umzustimmen, doch zeigt  
die angeführte Erklärung, dass Deutschland auf seinem Stand-  
punkt beharrt.

Wie erinnerlich hatte Graf Bernstorff verlangt, dass in der  
angeführten Resolution die Forderung aufgenommen würde,  
die vorbereitende Abrüstungskonferenz sei „auf jeden Fall“  
noch vor Ende des nächsten Jahres einzuberufen. Entgegen  
diesem Wunsch hat aber das Redaktionskomitee seinen  
Entwurf in einer Form abgefasst, die vorsah, dass vor  
Einkaufung der vorbereitenden Abrüstungskonferenz die  
großen Seemächte zu einer Einigung kommen müssen.

##### Amerika zur Abrüstungsfrage

Washington, 25. Sept. (United Press.) Eine pes-  
simistische Stimmung macht sich jetzt in der Frage der Ver-  
schärfung der Marinebeschränkungen in amerikanischen Kreisen breit.  
Man ist der Meinung, dass von einer sog. „Parität der  
Kriegsflotten“ nicht geredet werden kann, da, wie auch all-  
gemein zugegeben wird, zwischen den Voraussetzungen der  
amerikanischen und der englischen Kriegsflotte große Unter-  
schiede bestehen. Aus den Erklärungen des Vord-  
Cushenbunds geht klar hervor, dass er auf demselben Standpunkt  
stehe wie seinerzeit der Admiral Bidgeman bei den  
Genfer Verhandlungen. Das bedeutet, dass England, soweit  
es sich um die amerikanische Flottenpolitik handle, auf seinem  
alten Standpunkt beharre, obwohl es den französischen For-  
derungen betreffs der Unterseeboote teilweise nachgegeben  
habe.

### Rede des Grafen Bernstorff

In der Völkerbundversammlung ergriff heute Graf  
Bernstorff das Wort zu einer Rede über die Abrüstungs-  
fragen. Er erinnerte zunächst an die Ausführungen des  
Reichskanzlers Hermann Müller, in denen die Einkaufung  
der ersten Entwaffnungskonferenz und der Abschluss der Ar-  
beiten der vorbereitenden Abrüstungskommission verlangt  
worden sei, um als erste Etappe eine fühlbare Herabsetzung  
des gegenwärtigen Rüstungsstandes zu Lande, zur See und  
in der Luft herbeizuführen und die volle Publizität aller  
Rüstungselemente zu gewährleisten. Im Abrüstungsaufruf  
habe die deutsche Delegation ihr Ersuchen zum Gegenstand des  
formellen Antrages gemacht. Man habe Einwendungen  
gegen die Schlussfolgerungen erhoben, die Deutschland aus der  
Tatsache seiner eigenen Entwaffnung herleiten zu können  
glaube, indem man sowohl an der Art der Erfüllung der  
deutschen Entwaffnungsverpflichtungen Kritik übte als auch  
die Bedeutung und den Grad dieser Abrüstung abzuschwächen  
versucht habe. Daneben bezweifle man die Möglichkeiten, die  
heute für eine wirksame Inangriffnahme der allgemeinen Ab-  
rüstung gegeben seien. Trotz des aufrichtigen Wunsches, den  
Standpunkt der anderen Delegationen zu verstehen, müßte  
Deutschland seinen Standpunkt aufrecht er-  
halten.

##### Es sei nicht angängig, das schleppende Tempo

der Genfer Verhandlungen mit einem Hinweis auf die Zeit-  
dauer in Verbindung bringen zu wollen, die die Durchfüh-  
rung der deutschen Entwaffnungsverpflichtungen  
in Anspruch genommen hätte. Das treffe absolut nicht  
zu. Ebenso wenig sei richtig, dass die Rüstungen Deutschlands  
auch heute noch einen militärischen Nachteil darstellten.  
Deutschland besitze keine schwere Artillerie, keine Tanks, keine  
Militärluftflotte. Es fehle ihm jede Reserve an Material  
und Munition. Der Bestand an ausgebildeten Mannschaften  
werde von Jahr zu Jahr geringer. Es werde wieder Mo-  
nate bedürfen, um neue Mannschaften militärisch auszubilden,  
und noch viel länger, eine selbst hoch entwickelte Friedens-  
industrie auf die Bedürfnisse des Krieges umzustellen. Es  
könne vom deutschen Standpunkt nicht anders als

##### mit Bitterkeit empfunden werden,

wenn man die loyal durchgeführten Entwaffnungsverpflich-  
tungen in ihrer außerordentlichen Tragweite verkenne oder  
soweit gehe, Deutschland seine Wehrverfassung vorzumerfen,  
die ihm vom Versailler Vertrag auferlegt worden sei, und daß  
man friedliche Wiederanbauarbeit als Argument gegen das  
entwaffnete Deutschland benutze. Ebenfalls könne er,  
Graf Bernstorff, sich damit einverstanden erklären, daß man  
immer noch der Abrüstung den Sicherheitsgedanken  
entgegensetze. Wir können nur immer wieder auf die Tat-  
sache hinweisen, daß zur Erreichung der Sicherheit nicht mehr

##### „Strenge amtliche Untersuchung“

Paris, 25. Sept. (Von unserem Pariser Vertreter.)  
Ueber die Bedingungen, unter denen sich der „New York  
American“ das von ihm veröffentlichte Rundschreiben an die  
französischen diplomatischen Vertreter im Ausland verschaffen  
konnte, wird am Quai d'Orsay eine strenge amtliche  
Untersuchung durchgeführt. Es scheint festzu stehen, daß  
es dem Pariser Korrespondenten des New Yorker Blattes  
gelungen ist, sich eine Kopie des Zirkulars zu verschaffen. Das  
dürfte im übrigen nicht schwer gefallen sein, denn von dem  
Schreiben wurden auf einer Vertiefungsmaschine etwa  
hundert Abzüge hergestellt. Die von gewisser Seite auf-  
gestellte Behauptung, die Veröffentlichung des Dokuments sei  
ein sorgfältig vorbereiteter Handreich der Gegner der fran-  
zösischen Abrüstungslehre, erweist sich somit als vollkommen  
haltlos. „Echo de Paris“ teilt mit, daß man in Genf not-  
wendigerweise gewisse Versuche machen müsse, die Abrüstung  
der Landstreitkräfte von der Rüstung zur See zu trennen,  
wenn die Vereinigten Staaten das französisch-britische Kom-  
promiß ablehnen sollten.

##### Moskauer Stimmungsmache

Moskau, 25. Sept. (United Press.) In einem Kom-  
mentar über die „Standarten“ Enthaltungen des englisch-  
französischen Marineabkommens drücken die „Iswestija“  
ihre Ueberraschung darüber aus, daß die öffentliche Meinung  
der Welt so außerordentlich geduldig zusehe, wie die diplo-  
matischen Traditionen der Vorkriegszeit bei Fragen, die für  
Europa wie auch für die nächste Zukunft der ganzen Welt von  
außerordentlich wichtiger Bedeutung sind, wieder aufleben.  
In einem von beidem hohen, erfüllten Artikel zweifelt  
die „Pravda“ daran, daß die „sündhafte“ französische  
Diplomatie imstande sein wird, Kellogg von dem unglück-  
lichen Charakter des englisch-französischen Uebereinkommens zu  
überzeugen. Die Zeitung betont weiter, daß der amerikanische  
Plan, 15 Kreuzer von je 1000 Tonnen zu bauen, dem eng-  
lisch-französischen Vorschlag sehr unerwünscht ist, der den Austritt  
zu einem schwierigen politischen Kampf zweier imperialistischer  
Mächte um die Welt hegemonie bildet.

beigetragen werden kann, als durch den Beginn der allge-  
meinen Abrüstung. Man sollte einmal die zahllosen  
Resolutionen der Bundesversammlung aus den letzten Jahren  
hintereinander abdrucken und man würde ein seltsames Bild  
vor sich haben. Man würde vor allem feststellen, daß die  
heutige Resolution nicht nur keinen Fortschritt bedeute, son-  
dern daß in ihr vielmehr

##### ein Vermessen des Willens zu energischen Schritten

erkennbar werde. Von der Einkaufung einer ersten Ent-  
waffnungskonferenz sei in der Resolution nicht mehr die  
Rede. Graf Bernstorff erklärte zum Schluss, er könne nicht  
einer Resolution zustimmen, die vor allem die Bedenken  
gegen ein schnelles Vorwärtsschreiten hervorheben  
lasse, anstatt dem Verlangen der Völker zu entsprechen.

Die deutsche Delegation wird nicht gegen die Resolution  
in ihrer jetzigen Form stimmen. Was die Resolution Posi-  
tives enthält — nach unserer Ansicht als ungenügend — darf  
durch ein bloßes Gelächter nicht weiter abgeschwächt werden.  
Die deutsche Delegation wird sich darum der Stimme ent-  
halten. Sie wird jedoch die Hoffnung nicht aufgeben, daß  
die vorbereitende Abrüstungskommission, die zu Beginn des  
Jahres 1929 zusammenzutreten soll, zur schließlichen Einkaufung  
der Entwaffnungskonferenz führt, die das  
Ziel unserer Bemühungen bildet.

Die Rede Bernstorffs fand hauptsächlich auf den Bänken  
der Skandinavier und Holländer Beifall. Der fran-  
zösische und polnische Delegierte rührten keine Hand.

Der englische Delegierte Sampson führte aus, daß  
England trotz schwerer Bedenken der Resolution zustimmen  
werde. Eine Konferenz einzuberufen, wie es einige Staaten  
verlangten, ohne vorher ein Uebereinkommen erzielt zu  
haben über die prinzipiellen Fragen, bedeute das Scheitern  
der Konferenz und evtl. der gesamten Abrüstungsarbeiten.

##### Paul Boncour

von dem man eine zweite Grandrede erwartete, hielt im  
Gegenteil eine rhetorisch zwar eindrucksvolle, aber inhaltlich  
sehr sachliche Rede, in der er hauptsächlich die Anforderungen  
aufzeigte, die von französischer Seite für die Förderung der  
Abrüstungsarbeiten gemacht worden seien. Er erinnerte an  
das Scheitern des großen allgemeinen europäischen Sicher-  
heitssystems, des Genfer Protokolls, an die Schwierigkeiten,  
die sich ihm in den Weg gestellt hätten und wiederholte in  
immer neuen Variationen den Hinweis, daß Frankreich alles  
getan habe, was in seinen Kräften stehe. Man solle nicht ver-  
gessen, was man schon geleistet habe und was man in den  
vordarübergehenden Jahren schon geschaffen habe. Die Abrüstung  
müsse sich auf alle Gebiete erstrecken: Land, See und Luft.

Die Rede Boncour's fand ausfallend schwachen Beifall.

### Realpolitik!

Von Staatssekretär z. D. Frhr. v. Rheinbaben, M. d. R.  
Genf, Ende September.

Nachdem aus der Heimat das erste Urteil der deutschen  
Öffentlichkeit über das Ergebnis der hier im Scheinwerfer-  
licht der internationalen Presse geführten Verhandlungen zu  
uns gelangt und auch die verschiedene Wertung des Ergeb-  
nisses in Frankreich und England in großen Zügen bekannt  
geworden ist, wird es für die Beteiligten Pflicht, an der wei-  
teren und endgültigen Meinungsbildung des deutschen Volkes  
mitzuarbeiten. Noch ist es zwar zu früh, auf Einzelheiten  
bezüglich der Einleitung und Durchführung der deutschen  
diplomatischen Aktion und ihre eigenartigen Begleitumstände  
hier in Genf einzugehen. Wichtig und entscheidend für die  
nächste Zukunft ist es jedoch, die Dinge ohne parteipolitische  
Brille so zu sehen, wie sie wirklich sind und das sachliche  
Urteil über Schicksalsfragen unseres Volkes sich nicht durch  
voreilige oder unsachliche Stimmungsmomente trüben zu  
lassen. Ich versuche, in diesen ersten Ausführungen über den  
für uns wichtigsten Teil der diesjährigen Genfer Völker-  
bundversammlung so vorzugehen.

Ueber eine Tatsache kann zunächst irgend ein Zweifel  
nicht bestehen: Offizielle Verhandlungen über eine Räu-  
mung des besetzten Rheinlandes vor dem im Versailler Ver-  
trag vorgesehenen Endtermin, 10. Januar 1930 und 1935, sind  
mit allen daran völkerrechtlich beteiligten Mächten begonnen  
und die Ansprüche Polens nach Hinzuziehung zu diesen Ver-  
handlungen abgelehnt worden. Nach zweijährigem Halbdünkel,  
angefangen von dem Frühstückskommuniqué von Thoiry,  
über dilatorische und verschwommene Meinungsäußerungen  
des Jahres 1927 hinweg bis zur Periode nach der Wahlen-  
scheidung in Frankreich und Deutschland, sind wir somit einem  
erheblichen Schritt vorwärts gekommen. Freilich, das er-  
zielte Resultat ist trotzdem in hohem Maße unbefriedi-  
gend. Die deutsche These, daß, vom Versailler Vertrag  
(Artikel 43) ausgegangen, Locarno, Völkerbundeintritt und  
Unterzeichnung des Kellogg-Paktes und neben ausgiebiger  
Verteilung unserer allgemeinen Schiedsgerichtsbarkeit läßt  
das politische Recht auf völlige und sofortige Befreiung  
gegeben haben, wurde von Frankreich verworfen. England  
hatte in weitpolitischer Schwankung gegenüber seiner Hal-  
tung im Jahre 1925 keine klare eigene Meinung und Italien  
schwiege wie bisher stets in wichtigen internationalen Verhand-  
lungen, die Deutschlands Interessen betrafen. Diejenigen  
aber, die in der Heimat daraufhin aufgeregt und in falschem  
Pathos einen Abbruch der Verhandlungen befürworteten,  
kennen entweder die internationale Verhandlungsblase des  
machtlosen Deutschland immer noch nicht, oder wollen sie aus  
parteipolitischen Gründen nicht erkennen. Mit Deklamatio-  
nen, einseitigen angeblich juristischen Feststellungen und  
ähnlichem kommen wir praktisch keinen Schritt weiter. Das  
deutsche 63 Millionen Volk, dessen Interessen die deutsche Dele-  
gation in Genf zu vertreten hatte, verlangt mit Recht von  
den so solchen Verhandlungen Versuchen und Beauftragten,  
daß jede solche Aktion seine Lage verbessert. Wir wissen,  
daß dies in erster Linie auf den beiden Gebieten, Befrei-  
ung des deutschen Bodens und Erleichterung der Dawes-  
Kasse, geschehen muß. Ich kehre für meine Person nicht  
an, in dem jetzigen Zusammenhang zu wiederholen, was ich  
schon früher erklärte: Ich halte die Revision des Dawesplanes  
in der Richtung auf endgültige Beendigung und Herabsetzung  
der deutschen Zahlungen für mindestens so wichtig, als eine  
vorzeitige Räumung der besetzten Gebiete. Nach wie  
vor bleibt daneben die Tatsache richtig, daß schlußendlich,  
d. h. unabhängig von Ausgang und Erfolg der Reparations-  
verhandlungen spätestens am 10. Januar 1935 der letzte Fran-  
kose, Engländer und Belgier den Rhein verlassen muß, sollen  
Verträge zwischen uns und den Siegern des Weltkrieges  
überhaupt noch Wert haben. Eine Anerkennung der These  
Voincaré's, daß die Rheinlandbesetzung ein Pfand für die  
Reparationen sei, ist und bleibt von deutscher Seite unmaß-  
sächlich. Trotzdem wird in der praktischen Politik der Gang der  
mit der Sachverständigenkonferenz offiziell beginnenden Ver-  
handlungen zur Revision des Dawesplanes selbstverständlich  
von wesentlichem Einfluß auf die weitere Gestaltung der  
deutsch-französischen Beziehungen sein müssen, wenn man sich  
auf beiden Gebieten, Rheinlandräumung und Repara-  
tionen, überhaupt eine Fortwärtswirkung vorstellen soll.  
Daß wir am Beginn einer langen und außerordentlich  
schwierig durchzuführenden neuen außenpolitischen Aktion  
größten Ausmaßes stehen, sollte alle politisch denkenden deut-  
schen Menschen zur Vorsicht in ihrem Urteil und zu dem Ver-  
schreiben veranlassen, vor endgültiger Stellungnahme sich ge-  
nügende sachliche Unterlagen zu verschaffen. Es ist  
doch nur eine Binsenwahrheit, auszusprechen, daß in und  
während dieser Aktion die Ausnutzung der auch für uns  
vorliegenden Möglichkeiten einer günstigen Gestaltung der  
Dinge wiederum ebenso wie zur Zeit der Dawesverhandlungen  
und der Vorstufe zu Locarno, im höchsten Maße davon  
abhängig wird, ob eine Mehrheit unseres Volkes umdeutert  
um Tagesstimmungen und parteipolitische Gerede hinter  
einer deutschen Regierung steht, die auf dem einzig möglichen  
Wege die Wiedererlangung der Freiheit erstrebt.

Man erhält hier in Genf den Eindruck, daß gegenüber  
diesen großen, die eigentliche deutsche Zukunft entscheidenden  
Fragen die überrollend von den Franzosen vorgebrachte  
Forderung nach einer Kontrollkommission im  
Rheinland sich allzu sehr in den Vordergrund schiebt. Wohl-  
mals sei es gesagt: Es war und ist an den maßgebenden  
Stellen keine Rede davon, über den Termin des 10. Januar  
1935 hinaus irgendeine Art von Kommission oder Kontrolle  
über das bisher im Versailler Vertrag und dem berühmten



Dezemberprotokoll 1928 festgelegte hinaus auf deutschem Boden auszuführen. Je mehr und je deutlicher die deutsche öffentliche Meinung in allen Parteien diese Forderung in den kommenden Wochen unterstreicht, umso eher werden sich die Franzosen davon überzeugen, daß dieser von ihnen Obtrahens bisher ganz vage und in allgemeinen Nebenarten vorgebrachte Wunsch niemals verwirklicht werden wird. Was sie in Wahrheit wollen und was ihnen bei weitem die Hauptsache ist, ist Geld und Erleichterung ihrer Schuldzahlung an Amerika durch für die Zeit ihrer eigenen Schuldfreiheit (22 Jahre) laufende deutsche Darlehensrückzahlungen.

Insgesamt wollen wir diesmal, ohne Unterschied der Parteien und alle dazu befehlen, daß das bisherige Ergebnis über zwei Lebensfragen des deutschen Volkes sicherlich nicht befriedigend ist. Ich hoffe, daß sobald nicht wieder die These Anhänger finden und geglaubt werden kann, als habe eine „Linksregierung“ bessere Verhandlungschancen als eine, an der die Linke wenig oder garnicht beteiligt ist. Über aber aller Kritik und berechtigter Enttäuschung wollen und dürfen wir nicht vergessen, daß die unendlich vielen materiellen Sorgen unseres Volkes, die in dem zurückliegenden Wahlkampf haben noch eine so entscheidende Rolle gespielt haben, nur dann gemildert und erleichtert werden können, wenn uns die Herabsetzung der Kriegsschulden im Rahmen der Guldens in absehbarer Zeit gelingt. Sie durch Klagen, Beschwerden oder innenpolitische finanzielle Wünsche an die Gläubigermächte herbeizuführen, war nach sachverständigem deutschem Urteil außerordentlich schwe-

rig. So liegen also in dem geschaffenen Zustand „paralleler Verhandlungen“ zum mindesten positive Möglichkeiten dafür vor, sie auf dem nun eingeschlagenen neuen Wege herbeizuführen. Und eines wollen wir und doch von vornherein sagen: Ebenjowenig, wie es mit deutscher Zustimmung zum Verbleiben eines einzelnen fremden Soldaten oder irgendeiner noch so harmlos begründeten zivilen Kontrollorganisation auf deutschem Boden nach dem 10. Januar 1935 kommen kann, ebenso undenkbar ist eine Neugestaltung der deutschen Reparationskassen ohne freiwillige Zustimmung und Mitarbeit einer großen Mehrheit unserer Volksgenossen. Daß diese nur dann erfolgen wird, und erfolgen kann, wenn wir endlich ein freies, seine volle Souveränität wieder erlangendes Volk werden, darin wollen wir den Verhandlungsbegannern von Anfang an keinen Zweifel lassen. Ein letztes: Ebenjowenig, wie die Mitwirkung unserer polnischen Nachbarn an den kommenden Verhandlungen in Frage kommen konnte, ebenso sehr liegt es selbstverständlich im deutschen Interesse, die möglichst baldige Mitwirkung Amerikas zu wünschen, bezw. jeden Weg dafür offen zu lassen!

Wir stehen, so scheint es, in der deutschen Nachkriegspolitik erst jetzt vor einer Epoche, die unser Volk als Ganzes zu einer realpolitisch denkenden Nation zu erziehen bestrimmt ist. Der letzte Abschnitt dieser Erziehungsarbeit wird freilich wohl erst auf dem Gebiet der Wehrfragen erfolgen, auf dem diese Genfer Versammlung noch klarer als früher die Tendenz der Abkehrung der Deutschen auf allgemeine Abrüstung gerichteten These zeigt!

### Sur Affäre Brückner

Berlin, 25. Sept. (Von unserem Berliner Büro.) Ueber den Fall Brückner, der durch den Selbstmord Brückners seinen traurigen Abschluß gefunden hat, teilt die „Vossische Zeitung“ noch einige Einzelheiten mit: Das Mädchen, das Beziehungen zu Brückner unterhielt, und durch Selbstmord endete, sei darnach eine 23-jährige Studentin gewesen, die mit Heinz Brückner, einem emigrierten Verwandten, der den Ministerialdirektor überließ, zusammen in Moskau studierte. Sie war auch nicht die Tochter des Bruders von Brückner, sondern die Schwester des Vaters in Wiesbaden, also keine nahe Verwandte. Sowohl mit dem Vater des Mädchens wie mit dessen Bruder hatte sich Brückner schon vor Wochen ausgesprochen. Das Blatt deutet an, daß hinter Heinz Brückners Tat auch vielleicht Eifersuchtsmotive zu suchen seien.

### Die Madrider Brandkatastrophe

Madrid, 25. Sept. (United Press.) Das furchtbare Brandunglück im Teatro de Rospedades läßt das ganze öffentliche Leben Spaniens. Aus der ganzen Welt laufen zahllose Beileidstelegramme ein.

Die Aufräumungsarbeiten gehen nur langsam vorwärts, da große Vorsicht genommen werden muß, um die Identifizierung der Leichen zu ermöglichen. In den Kirchen werden öffentliche Totenmessen für die Opfer der Katastrophe geleitet und alle Vergnügungen sind abgesagt worden. Für eine imposante Beilegung der Verunglückten werden bereits umfassende Vorkehrungen getroffen. Während des Leichenzuges werden alle Amüsierstellen und alle Läden zum Zeichen der Trauer geschlossen bleiben.

Die gesamte Presse Spaniens befaßt sich mit nichts anderem als dem Unglück und stellt diese Katastrophe dem Bombenanschlag auf König Alfonso vor einigen Jahren zur Seite. Bei diesem Attentat jedoch waren die Verluste an Toten nur 28 und es wird daher überall zum Ausdruck gebracht, daß der jetzige Theaterbrand das größte nationale Unglück ist, das Spanien seit vielen Jahren betroffen hat.

### Die Ueberschwemmungskatastrophe in Mexiko

Mexiko City, 25. Sept. (United Press.) Die Ueberschwemmungen, die hauptsächlich die Delfelder im Staate Tamaulipas und Veracruz heimsuchen, haben jetzt nach amtlichen Meldungen eine beachtliche Ausdehnung angenommen. Außer den vorgenannten Staaten sind auch noch Mazatlan, Tampico und Torreón ergriffen worden. Eine genaue Uebersicht über Verluste von Menschenleben läßt sich noch nicht ermitteln, doch ist schon bekannt, daß allein in der Stadt Alamo im Staate Veracruz sechs Personen ertrunken sind. Der Sachschaden ist bedeutend, besonders ist viel Vieh ertrunken. Eine ganze Reihe von Dörfern, auch solche, die im Augenblick noch nicht von den Fluten ergriffen sind, ist von der Verödung geräumt worden.

In den Petroleumbezirken ist der Betrieb jetzt völlig zum Stillstand gekommen. Die baatlichen und Bundesbehörden haben Hilfe in die bedrohten Gebiete entsandt; da die Fluten aber immer noch steigen, können sich die Ölfirmen nicht nur darauf beschränken, den Bedrohten bei der Flucht beizustehen.

### Letzte Meldungen

#### Beginn des Prozesses Bergmann

Berlin, 25. Sept. Im Kriminalgericht Moabit begann heute der Prozeß gegen Paul Bergmann, den Inhaber eines Bombardierwerks, und neun Mitangeklagte, darunter den Staatsanwaltschaftsrat Jacoby, die des Bombardierwerks angeklagt sind. Den Angeklagten stehen zwölf Verteidiger zur Verfügung. Insgesamt sind rund 80 Zeugen vorgeladen. Die Mitangeklagten bestritten auf Befragen, sich irgendwie strafbar gemacht zu haben. Dann begann die Vernehmung der Zeugen.

#### Ein Eisenbahn-Attentat

Berlin, 25. Sept. Ein Eisenbahnarbeiter bemerkte in der Nähe der Station mehrere Männer, die die Strecke aufgerissen und Dynamitkapseln gelegt hatten. Die sofort ausgesandene polizeiliche Verfolgung blieb ergebnislos.

#### Die Trümmer der „Latham“

Paris, 25. Sept. Die vor einiger Zeit auf der Höhe von Tromsø aufgefundenen Ueberreste des französischen Flugzeuges „Latham“, an dessen Bord sich Edmundsen und Guibaud befanden, sind gestern in Dänkirchen angekommen. Sie werden nach Paris gebracht und dort in einem Museum aufbewahrt werden.

#### Internationale Brennstoffkonferenz

London, 25. Sept. Unter dem Vorsitz des Lord Reading wurde gestern in Kensington bei London die internationale Brennstoffkonferenz eröffnet, bei der 47 Staaten vertreten sind.

#### Von Hünefeld in Indien gelandet

Bombay, 25. Sept. Wie aus Karachi gemeldet wird, ist Herr von Hünefeld mit der Europa, von Dschibir kommend, dort gelandet. Er hat die Strecke während der Nacht zurückgelegt.

## Wohin geht der Stahlhelm?

Berlin, 25. Sept. (Von unserem Berliner Büro.) Die N. N. Z., das parteiunabhängige Organ der Deutschen Volkspartei, nimmt unter der Ueberschrift: „Wohin geht der Stahlhelm?“ zu den Radeburger Beschlüssen des Bundesvorstandes des Stahlhelm Stellung und schreibt dabei u. a.:

„Wenn in der vom Bundesvorstand gefassten Entschließung als praktische Folgerung für die neue Regierungsabstimmung im Reich sowohl die Bildung der sogenannten großen Koalition wie auch einer Rechtsregierung verworfen, dagegen die verantwortungsvolle Führung der Reichsgeschäfte durch die Sozialdemokratie gefordert wird, so wäre es ebenfalls Sache des Stahlhelms, darzutun, wie er denn glaubt, daß eine solche Regierung Deutschland auf seiner schmerzlichen innen- und außenpolitischen Lage heranzuführen soll. Oder erwartet er eine tabuläre Wendung von baldigen Neuwahlen, die durch neue Regierungskrisen erzwungen

werden sollen? Ist ihm gar für seine Zwecke gegebenenfalls eine sozialdemokratisch-kommunistische Zusammenarbeit willkommen? Bis jetzt ist uns nur bekannt, daß das kommunistisch-sozialistische Zusammenwirken das unveränderte Ziel der Radeburger Regierung ist. Vom Stahlhelm legen wir immer noch ohne weiteres voraus, daß sein Ziel in erster Linie die Hebung des Bürgerums ist. Da hier unvereinbare Gegensätze klaffen, hat das Bürgerum, an das sich der Stahlhelm wendet, um so mehr ein Recht nach reiflicher Überlegung über die politischen Wege des Stahlhelms, als Hunderttausende von vaterländisch gesinnten Bürgern und Soldaten in zehnjährigen Mühen und Kämpfen ihr Leben hergegeben haben, um Deutschland wenigstens dahin zu bringen, wo es heute steht und den Staat auszubauen, dem der Stahlhelm Galt auf den Tod anlag. Wo: Wohin geht der Stahlhelm? Die Stellung der Parteien erlaßt sich dann von selbst.“

### Genfer Lehren

Berlin, 25. Sept. (Von unserem Berliner Büro.) In einem Rückblick auf die Genfer Vorgänge faßt der Chefredakteur der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ seine Einblicke dahin zusammen, daß der bisherige „Still“ des Auftretens der deutschen Delegation kaum mehr durchführbar ist. Der Austritt aus dem Völkerbund ist zur Zeit nicht zu empfehlen, weil er an der politischen Gesamtlage nichts ändern und nur zu einer verderblichen Propaganda gegen Deutschland und zur Verwässerung der wirklichen Tatbestände führen würde. Aber wir müssen uns in der Völkerbundarbeit aus dem Intimen Umgang mit England und Frankreich lösen, weil wir in diesem Tris kein gleichberechtigter Partner, sondern nur ein der Diskretion der beiden wirklichen Großmächte ausgelieferter Teilhaber sind... Wir sollten uns selbstbewußt schon realpolitisch aus dem ersten Rang zurückziehen und bescheidenere Plätze belegen. Es ist sinnlos, sich für die Ziele anderer vorspannen zu lassen, wenn dafür nicht einmal politische Konzessionen zu erreichen sind.

### Die Schiebungen mit Kriegsanzleihe

Berlin, 25. Sept. (Von unserem Berliner Büro.) Wie ein Spätabendblatt behauptet, soll die Fälligkeit der Bela Grosch die treibende Kraft spielen, auch einen Freund bei der Reichsbank gehabt haben. Die von den rechtmäßigen Besitzern von Kriegsanzleihe-Wertscheinen, wie von den Schiebern angemeldeten Stücke wurden von einem Stab von Beamten kontrolliert, die darauf zu achten hatten, ob die angemeldeten Nummern mit den Listen übereinstimmen, die von der Reichsbank und dem Reichsfinanzministerium feinerzeit angelegt worden waren. Es heißt nun, daß einer dieser Beamten im Bunde mit Bela Grosch und dessen Freund gestanden hat und bei den Anmeldungen, die über Wien kamen und die von Bela Grosch aufgegeben wurden, es unterlassen habe, festzustellen, ob die in Frage kommenden Nummern auf Kriegsanzleihebestände stimmten. Der verdächtige Beamte ist bereits vor den Untersuchungsrichter geladen worden.

Auch Regierungsrat Steiger, der bisherige Pressereferent im Ministerium für die besetzten Gebiete, gegen den ein Disziplinarverfahren schwebt, ist heute vom Untersuchungsrichter vernommen worden. Das Fälligkeitensortium ist demnach in raffiniertester Weise vorgegangen, um Steiger für seine Pläne zu gewinnen. Der Protokoll des Bela Grosch namens Hausmann wandte sich an Steiger und bot ihm angeblich interessante Informationen über die Lage der Deutschen in den östlichen Randstaaten Polen, Litwenslowakei und so weiter an. Später stellte er ihm dann Bela Grosch vor, der den Regierungsrat um juristische Beratung bat und dabei andeutete, daß er von ihm solche Tätigkeiten nicht umsonst verlangte. Steiger will Bela Grosch an den Regierungsrat Boh verweisen haben, der früher im Ministerium für die besetzten Gebiete beschäftigt und dann in Paris mit Erhebungen über Kriegsanzleihebestände beauftragt war. Steiger bemerkte später einen sehr regen Verkehr zwischen Regierungsrat Boh und den anderen Herren. Es kamen ihm auch sonst Dinge zu Ohren, die in ihm den Verdacht erweckten, daß die Schieber versuchten, sich durch Beziehungen zu Beamten denkbar zu machen. Von diesem Sachverhalt hat Steiger schon im Januar der Staatsanwaltschaft Mitteilung gemacht. Im Abzuge mußte er zugeden, daß die 50.000 Mark Honorar für den von ihm an Bela Grosch empfohlenen juristischen Sachverständigen durch seine Hände gegangen sind.

\* Wegen Tarifverhandlungen auf den Binnenwasserstraßen. Die Hamburger Handelskammer hat beim Senat einen Einspruch gegen die beschlossenen Tarifverhandlungen auf den Binnenwasserstraßen erhoben.

### Englischer Kabinettsrat

London, 25. Sept. (Von unserem Londoner Vertreter.) Nach nahezu zwei Monaten langer Unterbrechung fand gestern wieder eine Kabinettsitzung statt. Mit Ausnahme Lord Balfours, des auf einer Erholungsreise befindlichen Außenministers, Lord Weils, der sich als Führer einer parlamentarischen Untersuchungskommission in Kanada befindet und Lord Birkenhead nahmen alle Kabinettsmitglieder an ihr teil. Die Abwesenheit Lord Birkenheads ist aber nicht mit Rücktrittsabsichten zu erklären, vielmehr verlautet von gutunterrichteter Seite, daß er jetzt endgültig beschlossen habe, dem Kabinet bis zum Beginn der Neuwahlen anzugehören. Der Grund für sein gefragtes Verbleiben ist in der schweren Erkrankung seiner Mutter zu erblicken, zu der er gestern nachmittag eilte.

Während der Kabinettsitzung erhalteten die einzelnen Minister dem Premierminister kurze Berichte über die Ereignisse der letzten sieben Wochen. Daraus gab dann Lord Curzon, der stellvertretende britische Außenminister, einen Uebersicht über die Ereignisse in Genf, wonach kurz die Räumungs- und die Reparationsfrage sowie das englisch-französische Flottenkompromiß erörtert wurden.

Jetzt nach Beendigung der langen Sommerferien begannen sich die politischen Parteien Englands langsam auf die im Frühommer nächsten Jahres stattfindenden Neuwahlen einzurichten. Den Auftakt des in den nächsten Monaten zu erwartenden heftigen Wahlkampfes bilden die drei Parteikonferenzen, die im Laufe der nächsten drei Wochen stattfinden werden. Bereits am Donnerstag wird der Premierminister auf dem im Pomouich stattfindenden konservativen Parteitag Gelegenheits haben, ein Teil des Wahlprogramms seiner Partei bekannt zu geben und die endgültige Stellungnahme des Kabinetts zur Schußsollfrage zu klären. Scharfe Auseinandersetzungen zwischen der ausgeprochen schußsollnerisch eingestellten Mehrheit der Partei und der kleineren Gruppe um den Premierminister, die lediglich eine Erweiterung der Industrieforschungsbeihilfen zu geben will, sind zu erwarten. Es dürfte aber wohl damit zu rechnen sein, daß der Parteitag den Premierminister zum mindesten zwingen wird, den Eisen- und Stahlsubventionen, die kurz vor Beginn der Parlamentsferien abgelehnt wurde, anzunehmen. Bezeichnend ist, daß Churchill, den man vor allen Dingen für die Ablehnung des Eisen- und Stahlsubventionen verantwortlich macht, auf dem Parteitag nicht zugegen sein wird.

## Deutscher Städtetag

In der Aula der Breslauer Technischen Hochschule wurde heute Dienstag, der erste Sitzung des Deutschen Städtetages durch Oberbürgermeister Hoch-Berlin eröffnet. Der Präsident des Deutschen Städtetages Dr. Mülert, der über „Reichsaufbau und Selbstverwaltung“ sprach, forderte die Errichtung eines kommunalen Sozialausschusses im Reichstag, die Bildung einer kommunalabteilung im Reichsinnenministerium und eine ausreichende Vertretung der Städte im Reichswirtschaftsrat. Der Redner erklärte, in völligem Mißverhältnis insbesondere der Forderung auf Schaffung einer kommunalabteilung im Reichswirtschaftsministerium würde den Städten unterstellt, sie wollten reichsunmittelbar werden. Die Gemeinden hätten jedoch nicht daran, auf dem Verband der Länder, in denen sie wurzelten, auszuscheiden. Das gegenwärtige Verhältnis von Reich, Ländern und Gemeinden sei unhaltbar. Das Reich habe in den letzten zehn Jahren immer neue Aufgaben teils gesetzlich geregelt, teils verwaltungsmäßig übernommen. Ein Durcheinander der Zuständigkeiten

zwischen Reich und Ländern sei die Folge. Doppelbehörden hätten die gleiche Aufgabe, Doppelarbeit und Reibungen kennzeichneten den Zustand. Einschränkungen und Abteilungen der Gemeindefürsorgeverwaltung richteten an dem Lebendner der Gemeinden.

Es gebe nur ein Vorwärts in der Richtung auf ein Einheitsreich.

Die Befestigung der mehr als 200 Völkereckelaven und der Zusammenschluß oder Anschließ leitungsstärker Länder sei zu fordern. Noch wichtiger sei eine genaue Gebietsabgrenzung der Städte und Kreise zur Anpassung an die wirtschaftliche Entwicklung. 1048 Städte und Völkereckel im Deutschen Reich seien zu viel. Nur auf Gebietskörperschaften, die für ihre Aufgabe ausreichend leistungsfähig seien, könne ein einheitlicher Reichsaufbau gegründet werden.

Der Vortragende kündigte an, daß der Städtetag einen den veränderten Verhältnissen angepaßten Entwurf der Reichsstadtordnung dem Reichstag vorlegen werde.



# Kommunalpolitik und deutscher Osten

## Dr. Jarres über die Großkreise

Die Solidarität, die die deutschen Kommunen untereinander verbindet und das starke Bedürfnis, brennende Fragen des kommunalpolitischen Tageskampfes in jenen Teilen des Reiches jeweilig zur Debatte zu stellen, wo zugleich auch ein politisches Bewusstsein zu Vaterland und Volkstum eindrucksvoll abgelesen werden kann, hat den Deutschen Städte- und Landtagsverband, seine diesjährige Tagung vom 25. und 26. September nach Breslau, der Hauptstadt Schlesiens, zu legen. In Breslau stehen die wichtigen Fragen des Reichsaufbaus und des Finanzausgleichs zur Debatte. Man hat wohl von beiden gesagt, daß sie Deutschlands Schicksal seien. Die deutschen Städte werden dort eine Lösung auszusuchen suchen, die den Wiederaufbau des Reiches und damit das Gedeihen der Städte im Reich und nicht zuletzt in seinen Grenzgebieten fördern wird. Sie sind sich dessen bewußt, daß es in Breslau neben ihrer wichtigen kommunalpolitischen Arbeit gilt, geistig das Bewußtsein der Grenze zu vertiefen und wachzuhalten. Dieses Bewußtsein der Grenze umfaßt die Erkenntnis von der nationalen Mehrarbeit des Grenzlandes und richtet den Willen darauf, alle verfügbaren Kräfte wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Art an den Grenzen zusammenzufassen und damit Sicherungen zu schaffen, die vor dem Uebergriffen schützen.

In dem September-Heft des „Städtetags“, des führenden kommunalpolitischen Organs der deutschen Groß- und Mittelstädte, ist besonders der Stadt Breslau als der Metropole des Ostens gewidmet. Ueber „Breslaus Städteauftrag der Gegenwart und Zukunft“ schreibt Stadtrat Behrendt; „Breslau als Kunststadt“ schildert Prof. Dr. Landsberger; Dr. Helewig macht beachtenswerte Ausführungen über „Breslaus Aufstieg“. In dem einführenden Artikel schreibt

**Überbürgermeister Dr. Baquer:**

Schlesien und Breslau haben durch den Versailler Vertrag schwer gelitten. Schlesiens hat wertvolles Land — zum Teil ohne jede Volkabstimmung — hergeben müssen und zahlreiche Abgabengebiete verloren. Schwer lastet der Handelskrieg mit Polen auf dem Lande. Dennoch sind wir der zurechtfindenden Hoffnung, daß, wenn erst der Handelsvertrag mit unseren östlichen Nachbarn zum Abschluß gekommen sein wird, auch die alten Wege nach Krakau und Warschau sich wieder neu beleben werden, und daß Breslau dann seine alte Stellung im nahen Osten zurückgewinnen wird. Das gilt vom Wirtschaftsverkehr im gleichen Sinne wie von dem Austausch geistiger Güter, der von alterher von West nach Ost und umgekehrt seinen Weg über Breslau genommen hat. — Und Breslauern ist um unsere Zukunft nicht bang. Wir sind oft genug in schwerer Not auf uns allein gestellt gewesen und haben immer aus und selbst heraus Ausweg und Rettung gefunden. Wir sind uns stets unserer deutschen Sendung bewußt gewesen: „In freier Selbstentscheidung, untertan nur den Gesetzen des gemeinen Wohls, die Macht an der Oder zu halten, zu sein und zu bleiben ein Eckstein des Reiches und ein Durchgangstor zugleich.“

Bekanntlich hat der Verbandsdirektor des Ruhrschiedlungsverbandes, Dr. Schmidt, vor kurzem seinen Vorschlag der Selbstständigkeit unterbreitet: das rheinisch-westfälische Industriegebiet in zwei Zonen einzuteilen: 1. das Gebiet der Stadtkreiswirtschaft, das von der Ruhr bis zur Emscher reicht oder von Dortmund bis Duisburg und 2. das Gebiet der Landkreisleistungsökonomie. Der Großstadt stellt er den Großkreis gegenüber und bezeichnet ihn als einen der wichtigsten Wendepunkte im deutschen Siedlungsweisen. Mit diesen Schmidt'schen Gedankenengängen setzt sich

**Überbürgermeister Dr. Jarres**

in seinem Aufsatz „Großkreise?“ gründlich und tiefgründig auseinander. Er kommt zu dem Ergebnis, daß das auf den ersten Augenblick frappierende Schlagwort vom Großkreis im Grunde eine starke Willkürlichkeit und eine Systemlosigkeit zur Voraussetzung hat, die jedes Kommunalleben erschüttern würden. Als geradezu groteskes Beispiel dieser Systemlosigkeit sei der Schmidt'sche Vorschlag erwähnt, die rund 90000 Einwohner fassende Stadt Neukirchen wieder als selbstständige Gemeinde dem Landkreis anzugliedern. Je mehr Gutachten von Fall zu Fall gefordert werden, umso buntschichtiger und verwirrt wird es Bild. Es geht daraus klar

hervor, daß kein gerader Gedanke den „Großkreis“-Vorschlägen zu Grunde liegt. Mit dem „historischen Wendepunkt“, an dem sich Dr. Schmidt nach seinem Zeugnis mit „warmen und überzeugenden Worten und Gedanken“ führt, hat es also wohl seine Daken. Bei genauem Durchdenken wird auch der Landtagsrat zu der Ueberzeugung kommen müssen, daß er sich auf einem für die Kreise selbst verhängnisvollem Irrwege befindet, wenn er diese Gedanken durch die Gesetzgebung auszuführen will. Er würde damit selbst dazu beitragen, der ferngeforderten allen präzisesten Einrichtung der Landkreise das Grab zu graben, indem er eine Anzahl seiner Mitglieder zu dem Zwitwerggebilde von Großkreisen sich auflösen läßt und den Rest zu Landkreisen zweiter Ordnung degradiert. Die Städte können in dem Gebilde der Großkreise nur eine Utopie erblicken, das in der Wirklichkeit sich als eigenartiges Kommunalwesen nicht wird halten lassen. Wir ahnen, ja wünschen auf das Lebhafteste den Landkreisen Leben und Entwicklung. Aber alles muß sich auf naturgemäße Weise vollziehen. Wo städtisches Leben nach Selbstständigkeit und Ausdehnung drängt, muß ihm Raum und Luft gegeben werden. Solche Entfaltung wird nicht anders als auf Kosten des Kreisgebietes vor sich gehen können. Um lebenskräftige Kreise zu erhalten, wird nach sorgfältiger Ueberlegung und auf weite Sicht eine Zusammenlegung von Kreisen erfolgen müssen, ebenso wie sich unter Umständen eine Zusammenlegung von Städten nicht umgehen läßt. Denn die kommunalen Grenzen im Vaterlande sind nicht gottgegeben und ewig.

Auch das neue Heft des „Städtetags“ enthält wieder eine Fülle von Material, wie es in dieser Vielgestaltigkeit irgendwo an der kommunalpolitischen Interessierten kaum anderweitig geboten werden dürfte. St. N. A.

## Städtische Nachrichten

### Das Schnittenloch

Bieder verschwindet ein Stück „Alt Mannem“: Das Schnittenloch wird jetzt endlich mit etwas mehr Beschleunigung zugehüllt. Es wird wohl niemand geben, der deswegen traurig ist und man muß sich nur wundern, daß diese Schnittenlochfrage nicht schon längst beseitigt worden ist. Abgesehen davon, daß das Schnittenloch gewiß keine Herde der Gegend gewesen ist und mancherlei Kerger verursacht hat.

Aber die Jugend wird es gewiß bedauern, daß ihre Jagdgründe verschwinden. War das Schnittenloch doch schon von jeher der Tummelplatz der „Jünglinge“ und wer etwas selten wollte, mußte

### beim „Indianerloch“ im Schnittenloch

dabei sein. Wer hier seinen Mann stellen konnte, war bei den Kameraden angesehen und es war Sorge getragen, daß entsprechende Meldungen im Freundeskreis bekannt wurden. Doch die Eltern und Lehrer durften nichts erfahren. Hier wurde zusammengehalten, selbst wenn der Versuch der Kleiber eine deutsche Sprache redete und auf diese Weise den ganzen Schlafplan verriet. Ein Spiel im Schnittenloch ohne Feuer war unmöglich, denn erstens gehörte es zum Spiel und zweitens war jenseitig brennbares Material da, das es fast eine Schande gewesen wäre, es nicht zu verbrennen. Wenn dann die biden, gelben Rauchwolken, besonders von leuchtenden Strahlen über den Platz zogen, war der Höhepunkt der Seligkeit erreicht und man verließ die Feuerstelle nicht eher, bis der letzte Funke verglommen war. Nur wenn das Feuer zu rasch sich verbreitete und man es nicht löschen konnte, verschwand man ganz unauffällig und überließ das Weiter der Feuerwehr, deren Anrücken man dann meistens aus der Ferne beobachtete hat. Am nächsten Tag war dann der Rest wieder so weit abgetrocknet, daß die Geschichte von vorn beginnen konnte. Schube und Kleider haben auch oft entsprechend ausgesehen. Man wußte nur zu gut, für was man seine Schläge zu Hause einstecken mußte.

Ein glatter, sanfterer Platz wird entstehen und die nächste Generation wird nichts mehr vom Schnittenloch wissen, höchstens aus Erzählungen, wenn es heißt: „Do drunne hawwe mir Feuerles gemacht un „Indianerloch“ g'hiebt un 's war iheen.“

sehr eindrucksvolle Darstellung ihren rechtlichen Anteil. Als „Goddards“ Spielzeitung hatte es beständig verstanden, der Eigenart der Szenenfolge höhere Ausprägung zu verschaffen und dem Ganzen das rechte Leben einzubringen. In den Hauptrollen schufen vorweg Paul Sander (Staatsanwalt), Frieda Münzer (Mary Dugan), Elsa Baumdach (Franz Rice) und Sergius Sax (Anwalt West) vorzügliche Gestalten. Leo Haber (Jimmy Dugan) war in seiner temperamentvollen Selbsthaftigkeit doch noch etwas fahrig, dann aber boten Hilde Weisermann und Eivora Erdmann (Tänzerinnen aus den „Polles“) sowie Minna v. Seemen (Marie Ducrot) nichtbeachtete brokige Charakere. Jedenfalls dürfte sich das Stück eine Weile im Spielplan behaupten. P. H.

Um ein historisches Drama. Unser Pariser Vertreter schreibt uns: Der junge Nostand hat ein Stück „Napoleon IV.“ geschrieben, das das Schicksal des unglücklichen Prinzen Louis Napoleon behandelt und gegenwärtig im Porte-Saint-Martin-Theater aufgeführt wird. Bereits während der Generalprobe ließen sich laute Proteste gegen gewisse Szenen des Stückes vernahmen; in der gekürzten Aufführung wurde das Stück sogar ausverkauft und durch lärmende Zurufe aus dem Publikum unterbrochen. Erst nachdem die Polizei die Ruhe wieder hergestellt hatte, konnte die Vorstellung zu Ende geführt werden. Nostand hat nämlich gewisse Zeugnisse benützt, denen zufolge die Kaiserin Eugénie ihren Sohn in unglücklich dürftigen Verhältnissen gelassen hätte. Vor allem hat der Bühnenkritiker aber die heraus nicht neue, aber höchstlich unbewiesene Behauptung als Tatsache eingeklebt, daß die Engländer den Prinzen absichtlich in einen Hinterhalt der Luftkasser fallen und töten ließen, um den ihnen beschwerlichen Napoleoniden los zu werden. Diese Version hat in hiesigen diplomatischen Kreisen starke Mißbilligung hervorgerufen, da man eine Abkühlung der englisch-französischen Freundschaft und eine Entfaltung von Mißgefühlen gegen die Engländer unter dem französischen Publikum befürchtet. Die englische Presse ist denn auch äußerst aufgebracht darüber, daß ein solches Stück, das für England eine Beleidigung darstelle, in Paris aufgeführt wird. Ein großer Teil der Pariser Blätter hat sich den Protesten angeschlossen

\* Eine schwere Brustquetschung trug ein 20 Jahre alter Schmied davon, der gestern an einem Neubau am Unteren Vulkanpark beim Abhängen eines beladenen Anhängewagens zwischen Motorwagen und Anhängewagen geriet. Der Verunglückte wurde in das städtische Krankenhaus verbracht.

\* Bei Schweißarbeiten verunglückt. Ein verheirateter, 33 Jahre alter Schlosser, der gestern im Straßenbahn-Depot bei Schweißarbeiten eine erhebliche Verletzung des linken Auges davontrug, mußte ins städtische Krankenhaus verbracht werden.

\* Schwere Sturz. Ins allgemeine Krankenhaus wurde gestern ein am Bahnhofsambau beschäftigter 18 Jahre alter Schreiner eingeliefert, der aus einer Höhe von 2,50 Meter abstürzte und sich schwere Kopf- und Unterarmverletzungen zuzog.

\* Ein herrenloses Pferd eingelassen. Gestern Abend wurde auf dem Speckweg in Kästel ein herrenloses Pferd (dunkelbraun, etwa 6 Jahre alt, ein Pony) eingefangen. Der Eigentümer wolle sich in der Polizeistation (frühere Kaserne) melden.

\* Erleichterter Grenzverkehr mit Frankreich. Nachdem Frankreich vor kurzer Zeit die allzu hohen Visumgebühren im Grenzverkehr von 10,50 M auf 1,00 M für ein 15 Tage gültiges Visum herabgesetzt hat, hat sich der Badische Verkehrsverband telegraphisch an das südwärtige Amt in Berlin gewandt, um zu erreichen, daß auch umgekehrt eine Erleichterung bzw. ein Vorfall der Visumgebühren eintritt. Nach den bisherigen Mitteilungen wird das südwärtige Amt diesem Wunsche entsprechen, so daß in nächster Zeit mit einem billigen Visum gerechnet werden darf. Mit dem Eintreten dieser Verbilligung dürfte mit einem härteren Verkehr aus dem Elsaß nach Deutschland zu rechnen sein.

## Kommunale Chronik

3. Brühl, 21. Sept. In der jüngsten Gemeinderatssitzung wurden die Tünderarbeiten in zwei Schulfällen im alten Schulhaus dem Tündergeschäft Ferdinand Gschwill hier um das Angebot übertragen. — Für den Abbedereiverband Schweglingen, Unterabteilung des Verbandesabbederei Badenura, werden als Kommissionsmitglieder für die nächste Dienzeit gewählt: Überbürgermeister Ding in Edingen, Gemeinderat Nied in Friedrichsfeld und Kreisrat Dr. Zühl in Ebingen. — Vom Wasserbezugs der Gemeinde im Monat August mit 11280 Kubikmeter nahm der Gemeinderat Kenntnis. — Ein Zuchtbock wurde angekauft, ein abhängiger gekauft zur Versicherung.

### Kleine Mitteilungen

In der jüngsten Bruchsaler Stadtratsitzung wurden die Herbstferien an der Volk- und Fortbildungsschule auf die Zeit vom 27. September bis 19. Oktober festgesetzt. — Zur Abhaltung der staatlichen und genossenschaftlichen Nachschau wird der städt. Viehmarktplatz allgemein zur Verfügung gestellt. — Die Straßenbeleuchtung der oberen Kaiserstraße soll verbessert werden. — Der Bruchsaler Einzelhandel veranstaltet in der Zeit vom 29. Septbr. bis 6. Oktober eine Verkaufsfeste. Aus diesem Anlaß ist eine Beleuchtung der Westfront des Schlosses vorgesehen. Die Anschaffung der hierzu erforderlichen Einrichtungen wird genehmigt. Zur Verlegung der Hauptstraße vom Bahnhof nach dem Stadlinnen und der städt. Gebäude wird Antrag erteilt. — Wegen Erhebung der Gebühren für die Benutzung der städtischen Schwemmanalstation wird dem Bürgerausschuß demnächst Vorlage erachtet.

Wie mitgeteilt, ist in Pforzheim über die Deduzierung des Hehlbetrags des städtischen Haushalts von 1927 mit 1945000 M. lutzlich endgültig entschieden worden. Im Voranschlag für 1928 konnte der Hehlbetrag auf 1735000 M. also um 210000 M. unter den Satz von 1914 herabgemindert und dadurch die Gemeindesteuer um 10 v. H. gesenkt werden. Zur Zeit hat die Stadt Pforzheim den niedrigsten Umlagefaktor unter den 10 größeren badischen Städten aufzuweisen.

Gegen das von der Pforzheimer Stadtkonferenzversammlung beschlossene Familienbad vertritt die katholische Geistlichkeit unter Berufung auf bischöfliche Weisungen einen scharfen Protest. In dem Protest heißt es, daß die Unterzeichneten es doch ganz sicher erwarten, daß sich nunmehr die Schulbehörde infolge des überaus bedauerlichen Beschlusses wird gezwungen sehen, einschränkende Bestimmungen für den Besuch zu erlassen.

## Theater und Musik

Dr. Köster-Mannheim als Gast in Berlin. Verdis „Don Carlos“, der auch am Mannheimer Nationaltheater noch in dieser Spielzeit zum erstenmal gegeben werden wird, hat soeben bei seiner ersten Aufführung an der Berliner städtischen Oper einen denkwürdigen Erfolg errungen, zu dem nach dem Urteil der Presse die Dekorationen des Mannheimer Bühnenbildners Dr. Eduard Köster wesentlich beitragen. Die „Völkische Zeitung“ schreibt hierzu: „Brämann inszeniert die vier Akte, gefolgt auf die edle Monumentalität Köster'scher Entwürfe, so schön, eindringlich...“ Das Allg.-Abendblatt: „Die Aufführung konnte sich in jeder Hinsicht sehen lassen: in der Ausstattung, in der Dr. Köster viele Ideen und architektonisch sehr reizvolle Ausblicke zeigte...“ Prof. Weismann in der D. Z. am Freitag: „Die Geschlossenheit ergibt sich auch aus dem einheitlichen Zusammenwirken der Regie und der Bühnenbildgestaltung. Das Bühnenbild, die Dramatik malerisch unterfugend, bietet überall einen fesselnden, himmelsfördernden, an Gona gemahnen Hintergrund. Straße, Brücke, Gefängnis: das alles drängt sich mit teilweiser grobhartiger, gut beleuchteter Bildhaftigkeit auf.“

Vom Münchener städtischen Schauspielhaus. Von New York, Melbourne, Paris, Berlin, Düsseldorf und anderen Städten ist gar viel und sensationell erzählt über Bayard Weilers Dreifakter „Der Prozeß Mary Dugan“ berichtet worden. Nun, gar so stark oder gar sensationell ist die dramatische Wirkung der um die Mordaffäre sich drehenden Gerichtsverhandlung doch eben nicht, gleichviel, ob die dabei zu beobachtenden gewissen amerikanischen Schwurgerichtspraxis sachlich ebenso wie im äußeren Gehaben vom Staatsanwalt und Verteidiger einermachen von den bei deutscher Rechtspflege üblichen Formen abweichen. Daß die ganze Sache spannend und „unterhaltend“ mit einem guten Teil bühnenkundigen Raffinement ausgestattet ist, soll keineswegs bestritten werden, ebensowenig wie die Tatsache, daß dieses an ältere französische Werke erinnernde Stück als erste Neuheit in der jungen Spielzeit vor anberaumtem Hause sehr beifällig aufgenommen wurde. Daron hatte allerdings die

und verlangt unverzüglich die Abfertigung des Stückes. Der „Figaro“ erklärt sogar in dem neuen Drama Nostands das Nachwerk einer deutschfreundlichen Propaganda, die aus einer Vertimmung zwischen England und Frankreich Kapital schlagen möchte. Sogar mit der Möglichkeit einer diplomatischen Demarche Englands gegen die Aufführung des Stückes wurde geredet. Doch scheint man sich auf der hiesigen englischen Botschaft nicht besonders aufzuregen. Ein Mitarbeiter Sir William Tyrrell erklärte einem Journalisten, der sich über die Ausnahme des Stückes in den britischen diplomatischen Kreisen erkundigte, die englische Botschaft habe anderes zu tun, als sich um solche Theaterangelegenheiten zu kümmern. Die vom „Echo de Paris“ zum Ausdruck gebrachte Vermutung, der Premierminister Baldwin habe während seines Aufenthalts in Paris Poincaré erlucht, das Stück Nostands zu verbieten, dürfte daher wenig Wahrscheinlichkeit für sich haben und nur dazu bestimmt sein, die Zensur zu veranlassen, das Stück vom Theatersettel zu streichen.

Max Reinhardt als Akademielehrer. Es fehlt schon seit längerer Zeit nicht an Bemühungen, Max Reinhardt, den weltberühmten Regisseur-Künstler, in seiner Heimatstadt Wien als Lehrkraft an die staatliche Akademie für Musik und darstellende Kunst zu stellen. Immer jedoch ergaben sich Schwierigkeiten, teils auf Reinhardt's Seite, der seine zur Gewohnheit gewordene und künstlerisch ebenso wie finanziell geordnete Lebensweise nicht einschränken, geschweige denn aufgeben wollte, teils auf der anderen — gegnerischen — Seite. Denn auch ein Künstler wie Reinhardt hat seine Gegner. Freilich ziehen sie es zumeist vor, nicht offen herauszutreten, sondern im Verborgenen zu münieren. Nun aber scheinen gewisse Widerstände doch so weit überwunden zu sein, daß von dem Projekt neuerdings ernstlich die Rede ist. Max Reinhardt soll dem Vernehmen nach prinzipiell nicht abgeneigt sein, sich für eine begrenzte Zeit des Jahres dem Institute zu verpflichten. Für den Fall der Realisierung plant man, das Schönbrunner Schloßtheater, das wegen Unzuverlässigkeit seit Jahren geschlossen bleibt, als Übungsstätte der einwirkenden Reinhardt-Klassen der staatlichen Akademie dauernd anzuschließen.



### Aus den Rundfunk-Programmen

Mittwoch, 26. September

Deutsche Sender:

- Berlin (Well. 488,9) 20.10 Uhr: Königsruherhäuser (Well. 1200) 20.10 Uhr: Sendespiel: Das Holländische Operette in drei Teilen, 22.30 Uhr: Radiomuff.
- Hamburg (Well. 429,8) 20.10 Uhr: Der Vampenschirm.
- Köln (Well. 428,8) 19.05 Uhr: Die Operetten, 20.15 Uhr: Wallenstein.
- Darmstadt (Well. 304,7) 20 Uhr: Abendmuff, 21 Uhr: Torimund: Gesang des Verheir.
- Königsberg (Well. 408) 20.10 Uhr: Hebertragung aus Berlin: Das Holländische.
- Frankfurt (Well. 408,8) 20 Uhr: Abend-Muff, auch. Tanzm.
- Leipzig (Well. 305,8) 20.15 Uhr: Deutsche Kammermuff um 1700, 21 Uhr: Der Dichter in Schubert's Pieder, 22.00 Uhr: Tanzmuff.
- München (Well. 305,7) 20.15 Uhr: Kalligrafische, (Well. 277,5) 22.05 Uhr: Schallplatten, 19 Uhr: Unterhaltungskonzert, 19.45 Uhr: Festabend zum 100jährigen Jubiläum der Münchener Volkshöhe, anschließende Kammermuff.
- Stuttgart (Well. 379,7) 19.15 Uhr: Zöllner-Nachmittag, 20.15 Uhr: Einfont-Konzert.

Ausländische Sender:

- Berlin (Well. 411) 20.05 Uhr: Kammermuff-Abend, 22 Uhr: Orchest.
- Budapest (Well. 305,8) 20.10 Uhr: Kevchen, 22.30 Uhr: Eigenem.
- Danzig (Well. 401,8) 20 Uhr: Promenadenkonzert, 22.00 Uhr: Tanzmuff.
- Dresden (Well. 304,7) 20 Uhr: Opernabend: Maritima, anschließende Tanzmuff.
- Mailand (Well. 599) 20.10 Uhr: Konzert letzter Nacht und Sendespiel, anschließende Tanzmuff.
- Paris (Well. 1730) 20.30 Uhr: Abendkonzert.
- Prag (Well. 329,9) 21 Uhr: Konzert.
- Wien (Well. 447,8) 21 Uhr: Kollo- und Jochenmuffmuff.
- Zürich (Well. 317,4) 19 Uhr: Hebertragung aus der Wiener Staatsoper: Der Rosenkavalier.
- Jülich (Well. 399,2) 20 Uhr: Theater Abend.

### Radio-Spezialhaus Gebr. Hettergott

Marktplatz 6 2, 6 - Tel. 26547

Wichtig, Freunde! Jetzt vor Beginn der Herbstsaison ist noch Zeit Ihre gesamte Radioumgebung von uns prüfen und nachsehen zu lassen. Durch guten Empfang werden Sie für diese kleine Mühe reichlich entschädigt. Sehr oft sind weitgehende Verbesserungen möglich, rufen Sie Tel. 26 547 an, wir kommen zu Ihnen.

### Aus dem Lande

Großfeuer in Liedolsheim - 13 Scheunen eingedäschert

Liedolsheim bei Karlsruhe, 25. Sept. Vergangene Nacht gegen 1 Uhr brach in der Scheune des Landwirts Gubelbecker ein Brand aus, der sich mit rasender Geschwindigkeit verbreitete und in kurzer Zeit 13 Scheunen mit beträchtlichen Erntes und Futtervorräten einscherte. Die Feuerwehren der Umgegend waren gegen das verheerende Element machtlos und konnten sich nur mit Mühe darauf beschränken, die angebauten Wohnhäuser zu retten. Der Brand erstreckte sich auf der gleichen Stelle, wo im August vorigen Jahres 40 Scheunen niederbrannten.

### Jugendliche Totschläger vor den Geschworenen

Sühne für eine schwere Missetat

Eine schwere Missetat, die sich in der Nacht vom 17. April d. J. gegen 1/2 12 Uhr im Hofe der Alten Branerlei Kammerer (Waldhornstraße) in Karlsruhe abspielte und ein Menschenleben forderte, fand am 24. September die gerichtliche Sühne. Bei großem Andrang des Publikums eröffnete Landgerichtsdirektor Dr. Weyler als Vorsitzender die Verhandlung gegen drei junge Leute, wegen Mordhandels, Körperverletzung mit Todesfolge und Beihilfe dazu.

Angeschuldigt waren: Der am 12. Januar 1903 in Karlsruhe geborene Schneider Josef Johann Gatterthum, der am 7. Nov. 1902 in Altenheim bei Vöhringen geborene Arbeiter Johann Schäfer und der Hilfsarbeiter Franz Zah aus Karlsruhe, geb. am 7. Mai 1901. Der bisher noch unbescholtene Gatterthum wurde beschuldigt, dem Händler Otto Julius Zubrod, bei einer Schlägerei mit einem

Totschnepper sieben Stiche

versetzt zu haben, von denen einer in die Leber drang und den Tod durch innere Verblutung anfolgte hatte. Schäfer wurde vorgeworfen, daß er Gatterthum den Dolch gegeben und außerdem Zubrod mit einem Schlagring mehrmals auf den Kopf geschlagen habe. Zah war angeklagt, daß er sich gleichfalls an dem Mordhandel beteiligt und dem am Boden liegenden Zubrod

mehrere Trittschritte ins Gesicht

verletzte. Gatterthum, der einen Nebenverdienst im Kasperlspiel suchte, hatte am Abend des 17. April in der Wirtschaft zum „Grünen Berg“ zur Tanzkunde aufgespielt. Nach seiner, wie auch der Mitangeklagten Angaben, ist nun aus nicht ansehnlichem Grunde ein Streit mit dem eben im Lokal gekommenen, übrigens verheirateten Zubrod entbrannt, der mit seinem Messer herumgeschwungen haben soll, wodurch sich die Angeklagten bedroht glaubten.

Man kam nach ihrer Darstellung überein, daß Zubrod das Messer abgenommen werden müsse und ging an seine Verfolgung. So setzte sich der Streit auf der Kaiserstraße fort. Schäfer gab zu, dem Gatterthum seinen Dolch überlassen zu haben, damit er sich „zur Wehr“ leben könne. Zubrod schickte schließlich vor der Uebermacht in die Wirtschaft zum „Alten Kammerer“, in dessen Hof eine größere Menschenmenge

gebildet, 24. Sept. Am Sonntag waren mit Sonderzug 1100 Angehörige der evangelischen Kirchengemeinde Speyer in Dandshausheim eingetroffen. Am Bahnhofe wurden sie von dem evangelischen Kirchenchor und den Jugendbänden empfangen. Auf dem Turmplatze versammelten sich die Protestanten zu einer würdigen Feier, deren Abschluß das Lutherlied „Ein feste Burg“ bildete.

Karlsruhe, 22. Sept. Am Donnerstag nachmittag erschien in einem Zigarettenladen in der Winterstraße ein unbekannter Mann und gab an, daß er von der Firma Greiling komme und 500 Stück Zigaretten, die am Tage vorher abgeliefert worden waren, wieder abholen müsse, weil eine Verwechslung vorgekommen sei. Die Ladeninhaberin handigte die Zigaretten aus, mit denen der Unbekannte verkehrte. Eine telefonische Anfrage bei der Firma ergab jedoch, daß sie einem Schwindler in die Hände gefallen war.

Donauerschingen, 24. Sept. Während im benachbarten Altmundshofen heute früh halb 2 Uhr ein Brand in einem Stallgedeckten Anwesen des Landwirts Josef Donneger durch die Hausbewohner noch rechtzeitig erstickt werden konnte, brannte gestern abend um 9 Uhr die dreistöckige, mit Heu und Futtervorräten gefüllte Scheune des Landwirts Hugo Roth in Hüfingen vollständig nieder. Der Schaden beträgt hierbei etwa 4000 Mark. Bei beiden Bränden liegt Brandstiftung vor.

### Aus der Pfalz

Die Portugieserente an der Mittelhaardt

Neustadt, 25. Sept. Die Portugieserente der weissen Mittelhaardter Weinbauorte ist seit Montag im allgemeinen zur Vese freigegeben. Einige Orte folgen am Dienstag oder Mittwoch nach. Die Vese nimmt bei gutem Wetter einen raschen Fortgang und es werden bereits beträchtliche Mengen geerntet. Die bisher erzielten Mostgewichte liegen im Durchschnitt nicht so hoch, als man im allgemeinen erwartet hatte. In Neustadt wurden zwischen 68 und 72, in Haardt zwischen 68 und 78, in Ruppach 62-75, Gimmeldingen 65-78, Königsbach 70-85 Grad nach Densche ermittelt. Von einem Durchschnittswert war an dem ersten Tage nichts zu merken. Die Ursache dürfte u. a. darin liegen, daß am Sonntag und Montag sabbische Feiertage waren. Man hört nur von kleineren Abfällen, die in Ruppach, Gimmeldingen und Königsbach erfolgt sind und die 28-30 Mark je Vogel (10 Liter) erzielt haben. Wie man hört, sollen bei den Weinhandelsfirmen Kaufaufträge aus Württemberg und Baden für gekelterten Rotmos in ziemlich bedeutender Höhe vorliegen.

Ludwigsbühl, 25. Sept. Gestern abend wurde bei der Rheinbrücke in der Nähe der Walmühle ein 20 Jahre altes Mädchen mit einem Oberschenkelbruch und einer Gehirnerschütterung angefunden und ins Krankenhaus gebracht. Man nimmt an, daß sie sich von der Rheinbrücke in den Rhein stürzen wollte, aber nicht ins Wasser, sondern auf den Uferweg hinabfiel.

nachdrängte. Als Zubrod wieder erschien, fiel man über ihn her und traktierte ihn in der rohesten Weise.

Zubrod blie tot am Plage liegen,

da er eine schwere Stichverletzung in die Leber erhalten hatte. Gatterthum bestritt, sich im Sinne der Anklage schuldig gemacht zu haben; er räumte nur seine Beteiligung an der Schlägerei ein. Der Angeklagte Zah erklärte, was er völlig unanschuldig sei.

Die Beweisaufnahme, zu der ein Angebot von rund 30 Zeugen erschien, dauerte bis zum Abend. Erster Staatsanwalt Dr. Weiser beantragte gegen Gatterthum und Schäfer je 4 1/2 Jahre Gefängnis, gegen Zah 1 Jahr Gefängnis. Der mittelmäßige Sachverständige Doering hat r. Schöning war in seinem Gutachten zu dem Schluss gekommen, daß für die Stichverletzungen nur eine Waffe und ein Later angunehmen seien. Hinsichtlich der Angeklagten Schäfer und Zah kam der Sachverständige zu dem Ergebnis, daß es sich um Pseudopathen handle, auf die jedoch der Strafsanktionsgrund des § 11 nicht anzuwenden wäre. In der Familie Schäfers sind drei Selbstmörder vorgekommen, der Angeklagte selbst hat trotz seiner Jugend ein bewegtes Leben hinter sich und ist 14 Mal verheiratet, meist wegen Eigenmordelists, dann wegen gemeinsam verübten Raubs und Körperverletzung. Die beiden Mitangeklagten sind nur geringfügig verurteilt. Der Verteidiger Gatterthums, Rechtsanwalt Geier, plädierte für Verneinung des Tatbestandes der Körperverletzung mit Todesfolge und im übrigen für Zurückziehung mildernder Umstände. Auch der Verteidiger des Schäfers, Rechtsanwalt Rupp, bat um weitgehende Milde für seinen Klienten, während Rechtsanwalt Velt, von der Anklage des Zah überseht, für dessen Freisprechung eintrat.

Das Urteil:

Das Schwurgericht verurteilte nach zweifündiger Beratung den Angeklagten Gatterthum wegen Körperverletzung mit Todesfolge zu 4 1/2 Jahren Gefängnis, den Angeklagten Schäfer ebenfalls zu 4 1/2 Jahren Gefängnis wegen Beihilfe zur Körperverletzung mit Todesfolge und erschwerter Körperverletzung. Zah erhielt wegen erschwerter Körperverletzung und wegen Mordhandels 10 Monate Gefängnis. Die Untersuchungszeit seit dem 19. April 1928 wird sämtlichen Angeklagten angerechnet.

### Großfeuer in Lachen

Neustadt a. S., 25. Sept. Im benachbarten Gändorf Lachen brach heute früh in dem Anwesen des Landwirts Hoffsch ein Brand aus. Die Scheuer, die mit Getreide und Heu gefüllt war, besaßen der Stall und ein Schuppen und von dem Wohnhaus ein Teil wurden zerstört. Das Feuer griff auch auf das Nachbaramwesen Georg Groß I. über, doch konnte dieses so ziemlich gerettet werden. Dort ist der Dachstuhl des Schuppens abgebrannt. Neben den Feuerwehren von Lachen-Spenderdorf erschien auch die Besatzung des Flugplatzes Spenderdorf mit ihrer Motorspritze, die eine wirksame Hilfe bei der Bekämpfung war. Die Ursache des Brandes ist nicht bekannt.

Neustadt a. d. S., 23. Sept. Vor einigen Wochen wurde in das Herz-Jesu-Kloster am Rosenbergs ein Einbruch verübt, bei dem neben der Plünderung des Opferstockes auch Gegenstände aus dem Büro gestohlen wurden. Unter diesen letzteren befand sich auch eine Goldfüllfeder. Der Dieb hat sich nun mit dieser selbst verraten. Bei der gestrigen Vernehmung des Friedensvereins spielte ein junger Mann auffällig mit einer Goldfüllfeder, was einen in der Nähe sitzenden Kriminalbeamten veranlasste, ihm den Diebstahl auf den Kopf zuzufügen. Der junge Mensch gestand den Einbruch ein. Es ist der 20 Jahre alte Arthur Müller von hier.



Die Werte liegen mit dem Winde. Die bei den Stationen beobachteten Zahlen geben die Temperatur an. Die Umlinien verbinden Orte mit gleichem Luftdruckwert. Umgeränderte Stellen sind niedriger Luftdruck, durchgezogene Linien höherer Luftdruck.

### Wetternachrichten der Karlsruher Landeswetterwarte

Prognostikungen nachfolgender Wetterstellen (17° meeresnah)

Ort	Wind	Wolke	Temper.	Niederschlag	Rel. Feucht.	Wetter
Karlsruhe	151	3	13	1	88	Nebel
Mannheim	155	100,0	6	4	8	bedeckt
Ludwigshafen	150	700,7	7	18	6	bedeckt
Speyer	148	700,7	7	18	4	bedeckt
Heidelberg	150	701,0	4	11	3	bedeckt
Frankfurt	157,5	693,8	1	3	0	bedeckt
St. Gallen	150	700,7	8	18	7	bedeckt
Basel	150	700,7	1	10	0	bedeckt

Von der Biscaya bis nach dem Baltikum ist jetzt eine flache Tiefdruckrinne mit mehreren Teiltiefs hergestrichelt, die uns von der weiteren Zufuhr polarer Luft abscheiden. Mit Rückziehen des Windes nach Südwest trat daher im ganzen Lande wieder leichte Erwärmung ein. Die Nachfröhegefahr im Gebirge ist damit vorläufig beseitigt. Ueber Europa hat ein allgemeiner Ausgleich der Druckverhältnisse begonnen. Das Hochdruckgebiet im Nordwesten ist durch ozeanische Warmluft, die bei Island vordrang, teilweise abgebaut worden, während das nordosteuropäische Tiefdruckgebiet durch anwachsende Polarluft bereits an Energie verloren hat. Auf dem Festland liegt noch ein flacher Hochdruckrest über den Alpen, unter dessen Einfluss wir vorwiegend heiteres und trockenes Wetter mit langsam fortschreitender Erwärmung zu erwarten haben. Voraussichtliche Witterung für Mittwoch, den 26. September: Mild, vorwiegend heiter und trocken bei leichten südlichen Winden.

### Wasserstandsbeobachtungen im Monat September

Ort	20.	21.	22.	23.	24.	25.	Referenz	20.	21.	22.	23.	24.	25.
Oberrhein	1.83	2.01	2.56	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Schwarzbach	0.92	0.90	0.83	0.82	—	0.70	—	—	—	—	—	—	—
Neckar	1.14	2.08	1.05	2.11	1.81	1.91	—	—	—	—	—	—	—
Elbe	1.77	3.75	0.71	3.94	1.61	3.50	—	—	—	—	—	—	—
Donau	1.46	2.44	2.37	2.32	2.32	2.17	—	—	—	—	—	—	—
Oberrhein	1.48	1.42	1.40	1.38	1.35	1.29	—	—	—	—	—	—	—
Oberrhein	1.31	1.00	0.94	0.90	0.85	0.82	—	—	—	—	—	—	—

Erhebungen: Karlsruher Landeswetterwarte, Karlsruhe, 25. Sept. 1928. Referenzhöhe: 111 m. über NN. (Neustadt a. S.).

# Gesundes Haar

durch

## Dr. Dralle's Birkenwasser

Das unerreichte, wissenschaftlich begründete Mittel für den Haarwuchs. Ärztlich empfohlen gegen Haarausfall und Kopfschuppen. Zugleich das erfrischende und ideale Pflegemittel für die Frisur, von höchster Eigenart der Duftkomposition.



Preis 2.20 und 3.75  
5/6 Ltr. - 11/2 Ltr. 6.00



# Arbeits ohne Kraftvergeudung

Die neuesten Forschungen auf dem Gebiete der Arbeitsphysiologie haben zahlreiche wertvolle Ergebnisse gezeigt, deren Anwendung jeder ziehen sollte.

Häufiger denn je tobt der wirtschaftliche Konkurrenzkampf, alles ist auf Steigerung des Arbeitsertrages eingestellt. Gekert, verbesserte man die Maschinen und Organisationen, heute wendet man die Aufmerksamkeit vor allem dem schaffenden Menschen zu. Jeder die Gesamtheit noch der einzelne können sich den Luxus gestatten, mit der Arbeitskraft sorglos und verschwenderisch umzugehen. Soll das Kapital, das in dir steckt, sich gut verzinsen so muß sich die Forderung: „Größter Nutzen bei kleinster Anstrengung“ allgemein Geltung verschaffen.

Wie wir bei allen Maschinen „Energieverluste“ kennen, die z. B. durch die Reibung ihrer vielen ineinandergreifenden Teile und durch andere, je nach Lage des einzelnen Falles verschiedene, Umstände hervorgerufen werden, so entdecken wir auch bei der Maschine „Mensch“ Einbußen an Leistung, deren Ursachen nicht immer bekannt sind. Es ist daher eine dankbare Aufgabe, der sich ein noch junger Zweig der medizinischen Wissenschaft, die „Arbeitsphysiologie“, unterzogen hat, diesen Dingen einmal auf den Grund zu gehen und zu erforschen, wie der menschliche Organismus Arbeit leistet, wo Verlustquellen liegen und welches die günstigsten Bedingungen für die Erreichungen der größten Nutzwirkung sind. Während auf diesem Gebiete ist vor allem Amerika, aber auch Deutschland, und zwar ist es da das „Kaiser-Wilhelm-Institut für Arbeitsphysiologie“ zu Berlin, das sich ausschließlich diesen Studien widmet. Wenige Jahre sind erst seit Aufnahme der Forschungen verstrichen, doch haben sie genügt, der Praxis schon eine Fülle von wertvollen Anregungen zu liefern.

Durch sehr sinnreiche, aber äußerst komplizierte Vergleichsverfahren ist es gelungen, den Kraftverbrauch bei den einzelnen Arbeitsleistungen genau zu messen und den Zeitpunkt der eintretenden Ermüdung festzustellen. Die Ergebnisse dieser Beobachtungen fanden ihren Niederschlag in einer Reihe von Grundfragen, von denen nachstehend die wichtigsten wiedergegeben worden sollen.

So wird z. B. empfohlen, für schwere Arbeit kräftigere, für leichtere Arbeit schwächere Muskelgruppen heranzuziehen. Aus diesem Grunde ist, um nur einen Fall zu nennen, das Fahrrad zur Fortbewegung günstiger als der Krankenfuhrer, weil der erstere durch die leistungsfähigere Beinmuskulatur, der letztere dagegen durch Handbetrieb fortbewegt wird. Die Körperbewegung ohne Leistung äußerer Kraft soll möglichst klein sein, mit anderen Worten: jeder „Leerlauf“ ist zu verringern. Einige alltägliche Vorgänge werden uns das Gesagte veranschaulichen. Jemand soll z. B. einen Korken aus einer Flasche oder eine schwere Schublade aus einer Kommode ziehen. Wer seinen Körper beherrscht, wird diese Biegsamkeit nur den Arm- und Rückenmuskeln zumuten, die dafür bestimmt sind. Es gibt aber eine ganze Anzahl Menschen, die auch unnötige Muskelgruppen, etwa die des Gesichts oder des Halses außerordentlich anstrengen. Oder nehmen wir den Fall, daß jemand damit beschäftigt ist, Nägel anzunageln. Holt er mit seinem Hammer immer erst übermäßig aus, macht er überflüssige weitläufige Bewegungen, so werden seine Muskeln viel eher ermüden als es notwendig wäre.

Der Energieaufwand für die Verbeibaltung der gleichen Körperhaltung während einer bestimmten Arbeit ist auf ein Mindestmaß zu beschränken. Die wichtige Bedeutung dieses Satzes ist von der Industrie bereits weitgehend anerkannt worden, indem man dazu überging, den Kraftverbrauch beim Stehen, Sitzen und Gehen zu studieren. Die Folge davon war, daß man dazu überging, für alle Hand- und Armarbeiten möglichst Sitzgelegenheiten bereitzustellen, um so den Körper fähiger zu entlasten. Aber nicht nur in der Fabrik, auch in der Küche läßt sich aus dieser Erkenntnis eine praktische Nutzen-



Die Körperhaltung ermüdet oft mehr, als die zu leistende Arbeit.

Die Ziffern bezeichnen die Prozente, um die sich der Energieverbrauch gegenüber dem Liegen erhöht.

wendung zugunsten der Hausfrau stehen. Es braucht kaum gesagt zu werden, daß das Körperlich Anstrengendste das viele Stehen ist. Nicht etwa bloß für die Hände und Beine, die dadurch besonders beansprucht werden, sondern für den ganzen Körper, weil auch die Arm- und vor allem die Rückenmuskeln eine außerordentliche Spannung dabei erfahren. Diese bei aller Handarbeit häufigste und zugleich gesundheitsgefährlichste Körperhaltung ist die Hauptursache der meisten Weiberkrankheiten, wie Krampfadern, Platt- und Senkfuß, die so verbreitet sind, daß sie von den Fachärzten geradezu als „Hausfrauenberufskrankheit“ bezeichnet werden. Mit der völlig falschen und sinnlosen Ueberlieferung: „Man kann doch nicht im Sitzen arbeiten“, muß endlich reiflos gedrohen werden.

Die Bedenktensvoll es z. B. ist, die Arbeit des Geschirrwäschens in einer wirklich bequemen Körperhaltung vorzunehmen, muß ohne weiteres einleuchten wenn man sich klar macht, daß man stehend und halbgebückt gerade die nach dem Essen lebhaft tätigen Verdauungsorgane in schädlicher Weise zusammendrückt. Dieses Uebel läßt sich vermeiden, wenn man im Sitzen abwäscht. Das gleiche trifft natürlich auch für das Bügeln, Gemüsepflanzen und ähnliche Arbeiten zu. Mit dem Sitzen ist es aber noch nicht getan. So muß man z. B. die Hände auf eine Fußbank stützen, wenn man irgend etwas, etwa eine Schüssel, auf den Knien halten will. Es kommt übrigens auch sehr darauf an, ob der Arbeitsstisch die passende Höhe und die Tischlante den rechten Horizontalabstand hat. Dieser Erkenntnis wird nicht nur bei der Einrichtung von Werkstätten, sondern neuerdings auch beim Bau von Küchenmöbeln und Schulbänken Rechnung getragen.

Bei einseitiger Arbeit ist es zu empfehlen, die tätige Muskelgruppe des öfteren durch eine andere abzulösen. Dadurch wird die Blutzirkulation angeregt und die Ermüdung bekämpft. Was wäre nicht allein gewonnen, wenn die linke Hand die gleiche Ausbildung erfahren würde wie die rechte, so daß man beide Hände abwechselnd gebrauchen könnte! Bei sitzender Beschäftigung ist es auch vorteilhaft, in gewissen Abständen aufzustehen, um neues Material herbeizuschaffen.

Die Bestimmung des Arbeitsrhythmus erfordert ebenfalls die größte Aufmerksamkeit. Langsame Arbeit ermüdet ebenso hart wie übertrieben schnelle Arbeit. Für den Kraftverbrauch ist es z. B. ganz gleich, ob ein Mann eine Kurbel fünfmal oder einmal in einer Minute herumdreht. Er wird weder das eine noch das andere Tempo lange aushalten.

Nicht macht auch die Neigung für die Leistungsförderung aus. Wenn gleichbleibende Bewegungen z. B. beim Nähen, Hobeln usw. Tag für Tag regelmäßig wiederholt werden, stellt sich der Körper schließlich von selbst auf die zweckmäßigste Haltung ein und die in Frage kommenden Muskelgruppen empfangen zuletzt ihren Antriebs für die einzelnen Arbeitsphasen unmittelbar vom Unterbewußtsein: die Tätigkeit geht in Fleisch und Blut über. Ferner ist auch der zweckentsprechenden Gestaltung des Arbeitsgerätes zu gedenken. Ein so einfaches Werkzeug wie die Schaufel hat zu langwierigen Unternehmungen Anlaß gegeben. Dabei ist Taylor, der bekannte amerikanische Schöpfer des nach ihm benannten betriebswissenschaftlichen Systems, zu dem Ergebnis gekommen, daß das Schaufelblatt 10½ Pfund des betreffenden Materials fassen muß, wenn weder Energievergeudung noch vorzeitige Ermüdung eintreten soll. Eine nicht unwichtige Rolle spielen schließlich auch Heizung und Beleuchtung, besonders aber ausreichende Lüftung, die einen wesentlichen Faktor für Höchstleistungen darstellt, denn unser Blutkreislauf ist von regelmäßiger und genügender Sauerstoffzufuhr abhängig. Nicht zu vergessen ist, daß auch die Bekleidung die Bewegung nicht hindern darf, da sonst ebenfalls Energien vergeudet werden.  
Dr.-Ing. Paul Kohler.

## Swölnin dnüßflund

Roman von Rosa Porten

(Wiederherausgegeben von Simas, Westin SW 19).

Es war jedenfalls sicherer, wenn er der jungen Nachfolgerin zuliebe die regierende Herrscherin nicht ganz vernachlässigte. Darum kam ihm Miriam's Auftrag sehr gelegen und er gab dem wartenden Boten leise den Auftrag, den telephonischen Befehl in die höchsten Worte, deren er fähig sei, zu kleiden.

Im Stillen beglückwünschte er sich zu der Klugheit seiner Tante, als er jetzt sah, mit welcher unendlichen Zärtlichkeit Thea ihren Verlobten, der inzwischen das Atelier betreten hatte, begrüßte. Mit einem leisen Schrei der Überraschung war sie ihm entgegengeekelt und hatte ihm beide Arme um den Hals gelegt. Frank, den dieser Gefühlsausbruch vor Fremden unangenehm berührte, wies sie mit dem Dinneweise auf die gaffenden Statisten sanft zurück. Erstaunt blickte sie ihn an, da sie in seinen Blicken eine ihr unerklärliche Verzerrung sah.

„Sie macht verdammt Fortschritte“, dachte er voll Grimms, und wieder einmal packte ihn die Wut gegen sich selbst und seine Unfähigkeit, durch marktgängige Kunst Geld zu verdienen, die Schuld daran war, daß er still zusehen mußte, wie seine Thea in einen Verus geriet, den er aus vollem Herzen verachtete. Sein Zorn wurde auch dadurch nicht gemildert, daß sich Kramer, der ihm höchst unpopulär war, jetzt an ihn wandte.

„Sie wollen und doch unseren Stern nicht schon entführen, lieber Herr Willinger?“ sagte er mit süßlichem Lächeln die ringsgeschmückte Rechte hinhaltend.

Unwillig schlug dieser ein. „Werkwürdig“, dachte er bei sich, „was der Kerl für kalte Finger hat!“ Laut aber sagte er hinzu:

„Durchaus nicht, Herr Kramer! Im Gegenteil, ich möchte bitten, sich nicht hören zu lassen, da es mich interessiert, meine Braut einmal spielen zu sehen.“

„Also fangen wir an! ... Es ist Ihnen doch recht, Fräulein Vossen?“

Thea nickte. Am liebsten hätte sie Frank's Hand genommen und ihm gesagt: „Komme wieder! Ich weiß ja, was dich bedrückt. Lass' uns fortgehen von diesem Ort, um dem wir beide eigentlich nichts zu suchen haben!“ Vielleicht wäre sie jetzt noch ihres mächtig erwachten Gehirns Herr

geworden, vielleicht hätte sie ihre Angst vor der Armut, ihren Wunsch, aus den kleinlichen Verhältnissen ihres bisherigen Lebens herauszukommen, noch einmal tapfer befehligt, wenn sich nicht Frank, den ihre Augen suchten, absichtlich umgewandt und mit geschweitem Interesse Kramer's Vorbereitungen betrachtete. Er sah mit Herrn Vender, dem Photographen, das Spielfeld durch kleine Kreidekreuz, abgrenzte.

„Also los, meine Herrschaften! Fräulein Vossen, Sie sitzen am Klavier, Baumann kommt von links und beobachtet Sie eine Weile, ehe er Sie anspricht, haben Sie verstanden?“ Thea bejahte. Auch Baumann, der elegante Liebhaber, nickte eifrig.

„Dann drehen Sie sich um“, fuhr Kramer fort, „Sie erkennen in ihm Theodor, Ihren verschollenen Bräutigam, und fallen ihm um den Hals. Die Liebesszene bitte ich recht anschaulich zu spielen, so etwas zieht beim Publikum.“

Baumann verbeugte sich zustimmend. Dies blühende Gesichts zu lächeln, sollte ihm ein ganz besonderes Vergnügen sein. Im Gedanken daran lächelte er so widerlich, daß Frank, der sich neben den Photographen auf einen Stuhl gesetzt hatte, ihn am liebsten gedreht hätte.

Kramer nahm seine Erklärung der Szene wieder auf. „Sie bleiben in dieser Stellung so lange, bis die Positiv herbeikommt. Frau Vosselt! Wo steht sie denn wieder? ...“

„Was rief nach Melitta Vosselt, die in Kramer's Filmen die Intrigantin mit leiblichem Gesicht spielte. Sie hatte sich schweren Herzens damit abfinden müssen, daß sie für „jugendliche Liebhaberinnen“ so alt und stark geworden war. Sie entschädigte sich dafür aber dadurch, daß sie sich im Leben so jung wie möglich kleidete.“

Der, der, um in Thea's Nähe sein zu können, auch Kramer jetzt als Hilfsregisseur diente, fand die Gesichte schließlich in einer Garderobe, wo sie einer kleinen Statistin beim Schminken beistand. Sie hatte nun einmal eine Vorliebe für die Jugend — so weit sie ihrer Bühnenstellung nicht abträglich werden konnte. Als sie endlich im Atelier erschien, lief Kramer ihr wuschelnd entgegen.

„Ich werde Sie für die Ueberstunden verantwortlich machen, Frau Vosselt!“ rief er im schrillen Diskant, „Alle warten auf Sie!“

Ohne ihm zu antworten, tauschte sie also Angefahrene an ihm vorüber. Mit hochzeitlichen Nicken begrüßte sie Thea, gab deren Partner mit einem lässigen „Das, Baumann!“ die Hand und nahm ihren Platz ein. Die Szene wurde wieder durchgesprochen, Melitta erlaubte sich, dem

Herrn Regisseur eine wirksame Abänderung vorzuschlagen, über die endlos gestritten und die schließlich abgelehnt wurde. Währenddessen stand Thea wie auf Kohlen. Die Anwesenheit ihres Verlobten machte sie merklich unruhig, zumal dieser, der sich mit dem Photographen in ein Gespräch eingelassen hatte, geflissentlich ihrem Blick auswich.

Endlich war alles in Ordnung, — die Szene „staud“, Kramer klatschte in die Hände.

„Auf die Plätze, meine Herrschaften, es wird gedreht!“

Thea setzte sich ans Klavier und ihr Blick drückte die fehnachtsvolle Verträumtheit aus, die die Situation erforderte. Mechanisch spielten ihre Finger mit dem Notenblatt.

„Woher Sie das nur hat?“ dachten Frank und Kramer fast gleichzeitig, so echt waren Stellung und Ausdruck.

Die Aufnahme begann. Thea hatte sich völlig in ihre Rolle hineingebacht und fiel dem aufstrebenden Baumann mit so echter, innerer Freude um den Hals, daß Frank unruhig auf seinem Stuhl hin und her ruckte. Als jetzt aber der Schauspieler sie in den Arm nahm und seine schmalen Lippen auf Thea's schwellenden Mund drückte, stand Willinger auf und verließ wortlos das Atelier.

Auf dem breiten Gang, der mit seinen nummerierten Türen ihn an den eines Hotels erinnerte, ging er einige Male sinnend auf und ab. So oft er sich auch wiederholte, daß es ein Spiel gewesen, was er gesehen, — er konnte den dämpften Druck, der auf ihm lastete, nicht bannen.

Der schrille Laut einer Glocke riß ihn aus seinen quälenden Gedanken. Die Türen öffneten sich und aus jeder quoll ein Schwarm kostümierter Menschen, der sich nach der hellen Treppe, die zum Atelier emporführte, drängte. Fast jeder machte einen Augenblick vor dem hohen Gespiegel Halt und musterte kritischen Auges seine Erscheinung. Hier wurde ein Locken zurechtgeputzt, dort ein Barock geradegerückt — dann verschwanden sie hinter der schwerklappenden Eisentür des Atelierraumes. Als sie zum letzten Male zugeflogen war, trat Frank Willinger fast mechanisch vor den Spiegel. Verdammte noch einmal, seine Bügelkanten hatten um die Rute herum bedenklich gestitten! Er mußte mehr auf sein Aussehen geben, wenn er mit der gefürchteten Eleganz der Herren Kramer und Baumann weitelfern wollte ...

Ein verbittertes Lächeln legte sich auf seine Lippen, während er wie geistesabwesend sein Spiegelbild anstarrte.

So fand ihn Thea, als sie die Atelierstiege vorsichtig herabstieg. Einen Moment blieb sie erkannt stehen, dann rief sie ihn leise an. Wie auf einem Unrecht ertappt, fuhr er herum.  
(Fortsetzung folgt.)



# Geetz und Recht

## Die Ergebnisse des Salzburger Juristentages

Wenn auch dem Juristentag selbstverständlich ein unmittelbarer Einfluss auf die Gesetzgebung nicht zusteht, so muß doch den alljährlichen Verhandlungen der Juristentage eine hervorragende Bedeutung zuerkannt werden. Diese erschöpft sich keineswegs darin, daß hervorragende Juristen bedeutende Reden halten und daß leitende Staatsmänner und hervorragende Richter diesen Reden zuhören. Vielmehr kann man sagen, daß die Ergebnisse der Verhandlungen nicht für die Beratungen der gesetzgebenden Faktoren von größter Bedeutung sind und daß in den letzten Jahrzehnten wohl kein grundsätzlicher bedeutsamer Gesetz Wirksamkeit erlangt hat, ohne daß seine Voraussetzungen und Grundzüge zuvor vom Deutschen Juristentag besprochen und geklärt worden sind. Von ganz besonderer Wichtigkeit aber sind die diesjährigen Verhandlungen gewesen, weil deutsches Recht und deutsche Rechtsprechung seit langem nicht im Maße so umwälzender Reformbestrebungen gestanden haben, wie dies gegenwärtig der Fall ist. Da der Juristentag sich nicht scheut hat, die wichtigsten und schwierigsten Reformfragen herauszugreifen und zum Gegenstand seiner Erörterungen zu machen, weil diese Erörterungen für die Gesetzgebung der nächsten Monate und Jahre von entscheidender Wichtigkeit sein werden, deshalb sind die Verhandlungen des Juristentages nicht nur für den Juristen, sondern für jeden an den Geschicken des Staates und der Wirtschaft interessierten Deutschen von höchster Bedeutung.

Um — wie dies auch der Juristentag getan hat — mit dem Wichtigsten zu beginnen: der Juristentag hatte Stellung zu nehmen zu der Frage, ob Interessen der Rechtspflege es notwendig machen, das gesamte Justizwesen auf das Reich zu übertragen. Es liegt nahe, daß die Erörterung dieser Frage, die politisch von eminenter Bedeutung ist, in besonders hohem Maße die Leidenschaften entzündet hat, und es ist zu verstehen, wenn auch nicht zu billigen, daß es hierbei auch zu Zusammenstößen gekommen ist, die im Interesse des Ansehens des Juristentages besser vermieden worden wären. Das Ergebnis der Verhandlungen ist, daß mit großer Mehrheit der Vorschlag des Senatspräsidenten Annahme gefunden hat, die Übertragung des Justizwesens durch das Reich für notwendig zu erklären.

Von kaum geringerer Bedeutung ist die zweite Frage, die der Öffentlich-rechtlichen Abteilung des Juristentages vorlag: Sollen die Grundzüge über Bewilligung der Einnahmen und Ausgaben für die Haushalte des Reichs und der Länder geändert werden? Welche Bedeutung die interessierten Regierungen den diesbezüglichen Beratungen beimessen, geht am besten daraus hervor, daß zu dieser Frage der preussische Finanzminister Hüper, Reichshof und der österreichische Finanzminister Riechböck sprachen. Es wurde eine Entschließung angenommen, die einheitliche Bewilligungs-

grundzüge für Reich und Länder und die Haushaltspraxis des Reichs und Preussens allen Ländern empfiehlt. In höherem Maße als bisher soll das Prinzip: „Keine Ausgabe ohne Deckung“ herrschend sein. Die Stellung des Finanzministers soll geklärt, die Bewilligungsmöglichkeit der Volksetretungen sollen geklärt werden. Ob die Parlaamente sich zur Durchführung dieser Vorschläge entschließen werden, muß freilich zweifelhaft sein.

In der bürgerlich-rechtlichen Abteilung stand zunächst die Frage zur Debatte, ob sich eine Umgestaltung des Prozeßverfahrens empfiehlt, wobei insbesondere daran gedacht wird, das formlose Verfahren der freiwilligen Gerichtsbarkeit an die Stelle des formellen Prozesses zu setzen, also z. B. den Vormundschaftsrichter über Anträge auf Ehecheidung entscheiden zu lassen. Der Juristentag lehnte eine solche Umänderung des Eheverfahrens ab und erklärte den Zivilprozeß als das geeignetste Verfahren zur Erledigung von Eheclagen. Betont wurde hierbei, daß das Reichsgericht auch weiterhin in Eheclagen die Möglichkeit haben müsse, einheitliche Grundzüge aufzustellen und daß — nicht nur im Eheprozeß, sondern im Rechtsgang überhaupt — das Eideswesen eine Einschränkung erfahren müsse.

Zu der Frage, ob die verschiedenen, die sogenannte Gefährdungshaftung regelnden Gesetze (Kasspflicht der Eisen- und Straßenbahnen, der Luft- und Kraftfahrzeughalter) vereinheitlicht werden sollen, wurde eine Entschließung angenommen, die die Vereinheitlichung zur Zeit nicht für tunlich erklärt. Es wurde betont, daß die Haftungsprivilegien der Post fallen müßten.

Entschließungen wurden ferner angenommen zur Frage der Neuordnung des Strafprozesses und zur Ausbildung der künftigen Strafrichter und Staatsanwälte — hier wurde hervorgehoben, daß eine gründlichere Ausbildung der jüngeren Juristen in den Hilfswissenschaften, ferner ein gelegentlicher Austausch zwischen Strafrichtern, Staatsanwälten und auch Verteidigern, nicht aber die Schaffung einer besonderen Strafrichter, neben einer Zivilrichterlaufbahn empfehlenswert sei — und zur Frage des strafrechtlichen Schutzes der Arbeitskraft.

Außerordentlich wichtig ist schließlich noch die Entschließung, die der Juristentag zur Frage des Kartellrechts angenommen hat und die bereits scharfe Kritik gefunden hat und noch mehr finden wird. Sie richtet sich gegen ein Tätigwerden des Reichswirtschaftsministers außer in Fällen ernstlicher Schädigung, erkennt die Kartelle als unentbehrliche Wirtschaftsanstalten an und will die rechtliche Ausstrahlung privatrechtlicher Streitigkeiten auf dem Gebiet der Kartelle ausschließlich dem ordentlichen Recht und den ordentlichen Gerichten unterwerfen.

Dr. jur. F. J.

## Kein Recht zum Abzug von Krankengeld während des Urlaubs

Grundzüge, zum Abdruck in der amtlichen Sammlung bestimmte Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts

Dem Kläger, der seit mehr als 6 Jahren bei der Beklagten beschäftigt war, standen im Sommer 1927 auf Grund der Tarifvertragsbestimmungen für das technische Personal im Deutschen Landes-Theater mindestens 43 Tage Urlaub zu, die ihm auch in der Zeit vom 6. Juli bis 21. August 1927 gewährt worden sind. Am 27. Juli ist der Kläger unverschuldet erkrankt und bis zum Ende seines Urlaubs krank geblieben. Für diese Zeit hatte er aus der staatlichen Krankenkasse 126 M. Krankengeld zu beziehen und dieses Krankengeld war ihm von dem Beklagten ausbezahlt, da dieser nach dem Aufstellungsvertrage im Auftrage der staatlichen Krankenkasse die Krankengelder mit seinen Arbeitnehmern verrechnet und dann mit der Krankenkasse abrechnet. Da der Beklagte auf Grund dieser Bestimmung für gewöhnlich das Krankengeld abziehen darf, hat er das Krankengeld auch von dem für die Urlaubszeit gezahlten Lohne in Abrechnung gebracht.

Auf Grund der gegenwärtigen Klage haben Arbeitsgericht und Landesarbeitsgericht Darmstadt, sowie das Reichsarbeitsgericht den Abzug des Krankengeldes für unzulässig erklärt. In den Urteilen ist die Begründung hierzu die, daß es in arbeitsvertraglicher Beziehung: „Aus dem Gesetze ein Abzugsrecht des Arbeitgebers zu entnehmen, lehnt das Landesarbeitsgericht mit Recht schon deshalb ab, weil dieses Abzugsrecht im Gesetze nicht einheitlich geregelt ist. Während nämlich § 68 BGB. den Abzug des Krankengeldes schließlich untersagt, gestattet § 616 BGB. den Abzug. Aus dieser verschiedenen und sich widersprechenden Regelung einen allgemeinen Rechtsatz abzuleiten, verbietet sich von selbst. Aber auch wenn man von § 616 BGB. allein ausgeht, kann diese Gesetzesstelle auf den vorliegenden Fall nicht zur Anwendung kommen. Der Tatbestand des § 616 BGB. ist darauf zugeschnitten, daß ein im Betriebe tätiger Arbeiter unverschuldet erkrankt, seine Tätigkeit unterbrechen muß. Der Arbeitgeber, der nicht nur der Dienste verlustig geht, sondern auch den Lohn weiterzahlen muß, soll wenigstens etwas dadurch entschädigt werden, daß er für den Fall einer Krankheit des Arbeitnehmers ihm das auf den Lohn anrechnen darf, was dieser aus einer Krankenkasse erhält.“

Dieser Tatbestand deckt sich aber keineswegs mit dem des vorliegenden Falles, denn hier hat der Arbeitnehmer nicht aus Krankheitsgründen seine Tätigkeit unterbrochen, sondern der Arbeitgeber hat sich in freier Vereinbarung verpflichtet, ihn für eine gewisse Zeit (Urlaub) von Diensten frei zu halten, ihm aber gleichzeitig die Freizeit zu bezahlen. Auf die vertragliche Regelung dieses Inhalts kann die gesetzliche Regelung des § 616 BGB. keine Anwendung finden. Aus diesen Gründen muß auch der Gedanke, daß ein Arbeitnehmer bei Erkrankungen seinen erhöhten Lohn erhalten dürfte, aufgegeben. Durchaus richtig bemerkt also das Landesarbeitsgericht, daß es einen allgemeinen Rechtsatz, der dem Arbeitnehmer den Bezug eines über seinen Lohn hinausgehenden Betrags verbietet, nicht gibt. Ist hiernach die Frage des Abzuges des Krankengeldes im Falle einer Erkrankung während des Urlaubs weder vertraglich noch gesetzlich geregelt, so ist sie nach Treu und Glauben zu entscheiden, wie es dem mutmaßlichen Willen der Parteien und der Billigkeit entspricht. Während bei einer Unterbrechung der Tätigkeit eines Arbeitnehmers durch Krankheit dem Arbeitgeber durch den Ausfall der Dienste und die Weiterzahlung des Lohnes ein ungewollter Verlust entfällt, für den er sich billigerweise durch den Abzug des Krankengeldes etwas schadlos halten mag, verhält sich der Arbeitgeber für die Urlaubszeit freiwillig nicht nur auf Dienstleistungen, sondern er verpflichtet sich auch zur Zahlung des vollen Lohnes. Den ihm hierdurch erwachsenden Ausfall kann und wird er in seine Geschäftskosten aufnehmen und durch Einrechnung in die Presse wieder einholen. Ihm dann auch noch das Krankengeld ausbezahlen, liegt hiernach kein Anlaß vor. Auf jeden Fall hat er sich freiwillig zur Zahlung des Lohnes während des Urlaubs verpflichtet. Ihn nun von dieser Verpflichtung zum Teil zu befreien, weil der Arbeitnehmer das Unglück gehabt hat, während des Urlaubs krank zu werden und seine freie Zeit nicht ausnützen zu können, würde jedem Billigkeitssgedanken und so mehr widersprechen, als dem Arbeitnehmer ein Ersatz für den durch die Krankheit verlorenen Urlaub nicht gewährt wird. (M.A.G. 45/28. — 20. Juni 1928.)

## Haftung des Brandstifters

Am 10. März 1925 brannte in Rodach ein von dem Gastwirt D. in Brand gestecktes Haus nieder. Nachdem der Brand nahezu gelöscht war, wurde von der Einreihmannschaft mit den Warnungsrufen „Obacht, Vorsicht!“ ein an der Vorderseite des Hauses befindlicher Balken, der jeden Augenblick herabstürzen drohte, gelöst und fallen gelassen. Dieser Balken traf den im gleichen Augenblick mit einem geborgenen Gegenstand aus dem Laden tretenden Chemann der Witwe E. so unglücklich, daß er starb. Die Witwe des Getöteten klagte daraufhin gegen den Brandstifter, der den Tod ihres unterhaltspflichtigen gewesenen Mannes verursachte, auf Zahlung einer Monatsrente von 50 Mark.

Das Landgericht erklärte den Klagenanspruch für berechtigt, das Oberlandesgericht Bamberg wies die Klage ab. Auf die Revision der Klägerin hat das Reichsgericht das Urteil des Oberlandesgerichts aufgehoben und die Sache zur anderweiten Verhandlung und Entscheidung an einen andern Senat des Oberlandesgerichts zurückverwiesen. Die reichsgerichtlichen Entscheidungsgründe hierzu lauten folgendermaßen: Rechtlich hat das U.V.G. den ursächlichen Zusammenhang zwischen der schädlichsten Handlung des Beklagten, nämlich der Inbrandsetzung des Hauses und dem Tod des Chemannes der Klägerin verneint. Der ursächliche Zusammenhang ist keineswegs unterbrochen, wenn das Herabstürzen des Balkens auf grobe Fahrlässigkeit der Einreihmannschaft zurückzuführen ist. Nach reichsgerichtlicher Rechtsprechung ist vielmehr in den Fällen, in denen eine bestimmte Berufsausübung oder die Maßnahmen bei gewissen Arbeiten erfahrungsgemäß von vornherein mit Fehlern verbunden sind, notwendigerweise mit großen Verlusten zu rechnen. Die mit diesen Fehlern verbundenen nachteiligen Folgen sind demjenigen anzurechnen, der die Handlung verursachte, welche die betreffenden Arbeiten notwendig machte.

## Selten nichtangenommene Einschreibebriefe als dem Adressaten zugestellt?

Von Dr. jur. A. Seifrid-Ludwigshafen

Rechtsgeschäftliche Willenserklärungen von größerer Bedeutung (z. B. Kündigungsschreiben, Vertragsangebote usw.) werden der Sicherheit wegen dem Vertragsgegner oder sonstigen Empfänger meist durch Einschreibebrief mitgeteilt. Rechtswirksam wird die abgegebene Erklärung in dem Zeitpunkt, in welchem sie dem Empfänger zugeht. „Zugehen“ bedeutet, daß die Erklärung derart in den Bereich des Erklärungseigners gelangt, daß es ausschließlich auf diesem lag, ob er die Erklärung kennen lernen wollte oder nicht; der Empfänger braucht den Brief also nicht gelesen zu haben, der in den Briefkasten des Adressaten geworfene Brief gilt bereits als zugegangen.

Wird nun auch ein Einschreibebrief als zugegangen, wenn der Adressat die Annahme des Briefes verweigert?

Das Reichsgericht (Urteil des I. B.-S. v. S. 1. 26. Okt. 1923) verneint diese Frage unter folgenden Erwägungen:

1. Bei einer Erklärung im geschäftlichen Verkehr genügt es, daß der betreffende Brief dem Adressaten zugegangen ist; es ist nicht außerdem nötig, daß Adressat von dem Inhalt der ihm zugegangenen Erklärung auch Kenntnis genommen hat. Ist die Erklärung dem Adressaten zugegangen, so wird er rechtlich so behandelt, als habe er auch von dem Inhalt Kenntnis genommen.
2. Handelt es sich um eine Erklärung, welche innerhalb einer bestimmten Frist abgegeben sein muß, so ist der Erklärungseigner verpflichtet, die Erklärung auch dann ihm als rechtzeitig zugegangen gelten zu lassen, wenn sie ihm zwar verspätet zugeht, die Verspätung aber auf einen von ihm zu vertretenden Umstand zurückzuführen ist. Wo aber die Erklärung an keine bestimmte Frist gebunden ist, gelten folgende Grundzüge:

3. Stehen die Parteien in Vertragsbeziehungen, so haben sie die Pflicht, Vorkehrungen zu treffen, daß Erklärungen der anderen Partei empfangen werden können.

4. Liegt bei der Verweigerung der Annahme einer Erklärung Arglist vor, so ist die Sachlage so aufzufassen, als sei dem Adressaten die Erklärung wirklich zugegangen.

5. Arglist im Sinne von III. 4 liegt nur vor, wenn der Adressat die Erklärung, welche den Inhalt des Briefes bildet, schon kennt oder mit dem Zugehen einer Erklärung bestimmten Inhalts rechnet und aus diesem Grunde die Annahme verweigert.

6. In denjenigen Fällen, in denen diese Kennzeichen nicht vorliegen, ist die Annahmeverweigerung eines Einschreibebriefes nicht arglistig und daher kann in solchen Fällen nicht festgestellt werden, daß die Erklärung sei als zugegangen zu betrachten. Vielmehr bleibt dann die Tatsache bestehen, daß die Erklärung nicht zugegangen ist.

7. Macht nun jemand von seinem Rechte, einen Einschreibebrief nicht anzunehmen, ohne Arglist Gebrauch, so ist ihm also die Erklärung nicht zugegangen ist, so kann der Absender den Mangel dadurch beseitigen, daß er unverschuldet die Erklärung gemäß § 121 BGB. durch einen Gerichtsvollzieher zustellen läßt. Dann muß sich unter entsprechender Anwendung der vorher erörterten Grundzüge der Empfänger so behandeln lassen, als sei ihm die Erklärung schon im Zeitpunkt

der Annahmeverweigerung zugegangen. Die Annahmeverweigerung gewinnt also dann nur abnormenfalls (d. h. falls und soweit es auf den Zeitpunkt des Zugehens ankommt) Bedeutung, wenn es später noch zu einem Zugehen der Erklärung kommt.

Der nichtangenommene Einschreibebrief gilt also nicht als zugestellt, wenn dem Adressaten nicht nachgewiesen werden kann, daß er die Annahme des Briefes arglistig verweigert hat. Da ein arglistiges Verhalten dem Adressaten nicht so leicht nachgewiesen werden kann, muß also der Absender, sobald ihm die Annahmeverweigerung bekannt wird, die briefliche Erklärung durch einen Gerichtsvollzieher zustellen lassen. Die Zustellung durch den Gerichtsvollzieher ist wegen ihrer „rückwirkenden“ Kraft zur Wahrung einer eventuellen Frist der einzige, wenn auch kostspieligere Weg, die Frist, die am Tage der Annahmeverweigerung vielleicht schon abgelaufen sein würde, nicht zu veräumen.

In anderen Fällen, wenn also keine Frist zu wahren ist und der Adressat am gleichen Ort wohnt oder auf sonstige Weise leicht erreicht werden kann, genügt jedoch auch die einfache persönliche Zustellung durch den Absender, dergestalt, daß dieser den Brief in den Briefkasten des Empfängers einwirft, womit die Ausfolgung des Briefes an den Adressaten als bewirkt gilt. Das gleiche gilt, wenn der Brief bei der Post aufgegeben wird und der Adressat ein Postfach besitzt, in das seine Postkasten abgelegt werden. Auch die Abgabe des Briefes an ein Familienangehöriges oder an einen Diensthilfen in der Wohnung des Adressaten (auch in dessen Abwesenheit) genügt, bedingten die Ablieferung im Kontor des Kaufmanns an einen Angestellten des Empfängers.

Die persönliche Zustellung nach der Annahmeverweigerung eines Einschreibebriefes nehme der Absender aus Zweckmäßigkeitsgründen nicht ohne einen Zeugen vor, damit in einem eventuell späteren Prozeß das Zugegangensein der wichtigen rechtlichen Erklärung vom Empfänger nicht mit Erfolg bestritten werden kann.

## Neue Entscheidungen aus dem Arbeitsrecht

1. Der Angestelltenrat hat die Innehaltung der Arbeitszeit zu überwachen. Der Arbeitgeber darf dem Angestellten die Auslastungsverteilung nach dieser Richtung gegenüber dem Angestelltenrat nicht unterlagen. Wohl aber kann er Arbeitern verbieten, dem Angestelltenrat Auskunft über die Arbeitszeit der Angestellten zu erteilen. (Beschluss des Reichsarbeitsgerichts vom 17. Dezember 1927 R.A. 4/27.)

2. Ausgleich des Ausfalls von Arbeitsstunden an Festtagen durch Mehrarbeit an anderen Werktagen ist unzulässig. Indem das Gesetz gestattet hat, daß der an einzelnen Werktagen eintretende Ausfall von Arbeitsstunden an anderen Werktagen ausgeglichen werden kann, hat es demnach zum Ausdruck gebracht, daß der durch Festtage eintretende Ausfall von Arbeitsstunden nicht zum Ausgleich an anderen Tagen gebracht werden soll. (Urteil des Reichsarbeitsgerichts vom 14. März 1929 R. 2/27.)

3. Der Schutz der dreimonatigen Kündigungsfrist greift erst ein, wenn der Angestellte schon im Zeitpunkt der Kündigung, nicht erst nach Ablauf der Kündigungsfrist fünf Jahre beschäftigt war. (Urteil des Reichsarbeitsgerichts vom 2. Mai 1929 R. 2/28.)



UNSER GRUNDSATZ: NUR QUALITÄT

# Rauchen Sie viel Cigaretten?



Haben Sie schon beobachtet, daß stark nikotinhaltige Cigaretten Herzklopfen, Hände zittern und vermehrten Blutdruck verursachen! Körperbeeinträchtigungen dieser Art stören Ihr Wohlbefinden und machen Sie nervös. Sie können diese Nebenwirkungen ausschalten, wenn Sie sofort zum Genuß der Nestor Lord nikotinarm übergehen. Zehntausende Ihrer Mitmenschen - auch Damen, Sportsleute und Künstler - rauchen diese hervorragende Cigarette ständig, weil dieselbe das Behagen der normalen Cigarette, jedoch ohne die schädlichen Nebenwirkungen, vermittelt.

**NESTOR LORD**  
**NIKOTINARM**  
**ZU 8-8**

NESTOR GIANACLIS  
 FABRIK FÜR DIE HERSTELLUNG  
 FEINER QUALITÄTS-CIGARETTEN  
 FRANKFURT · A · MAIN

Rauchen ist gesund, gibt Lebensfreude, erhöht Ihre Spannkraft und Sie haben trotzdem das Beruhigende der Cigarette. Verlangen Sie bei Ihrem nächsten Einkauf diese feine und aromatische Cigarette. Sie werden angenehm überrascht sein. Wo nicht erhältlich weisen wir gerne Bezugsquellen nach. Hergestellt unter ständiger Kontrolle der beeidigt. Handels-Chemiker Prof. Dr. G. Popp und Dr. H. Popp, Frankfurt a. M.



# Wirtschafts- und Handelszeitung

## Die Lage der Kraftfahrzeugindustrie

(Von unserem sachverständigen Mitarbeiter)

Die Lage der deutschen Kraftfahrzeugindustrie ist unter Berücksichtigung der gegebenen allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse anzusehen. Die Verhandlungen gehen, wenn auch ziemlich schleppe, weiter. Die wogenden Kontrahenten sind nach wie vor davon überzeugt, daß über kurz oder lang ein befriedigendes, zweckdienliches Ergebnis erzielt werden wird. In der Frage eines deutschen Kartellvertrages sind die Verhandlungen bereits soweit fortgeschritten, daß ein Schrittmarke für den Austausch von Patenten im Hinblick auf den Übergang der Großserien-Kraftfahrzeugfabrikation der Daimler-Werke und der Deutschen Industriewerke A. G. auf die Daimler-Benz AG. in Berlin. Mit Ausnahme einiger kleinerer Werke sind nunmehr das Gros der deutschen Automobilfabriken auf den Weg zu Kartellverträgen mit der Daimler-Benz AG. angewiesen, da die übrigen angeschlossenen Kraftwerke für die Großserienfabrikation kaum in Betracht kommen. Auch die Bemühungen zur Schaffung eines deutschen Kraftfahrzeug-Verbandes, die sich hauptsächlich auf eine höhere Vereinheitlichung der Typen, eine Normung der Einzelteile und auf eine Preisvereinbarung beziehen, gehen trotz erheblicher Schwierigkeiten, die sich aus dem ungleichartigen Aufbau der einzelnen Kraftfahrzeugfabriken ergeben, in letzter Zeit vorwärts. — Ob dagegen der für die in Europa eingeführte Präsident der amerikanischen Automobil-Handelskammer, Mr. Kutz, recht haben wird, der eher an eine internationale Vereinbarung und Zusammenarbeit, als an einen harten Kartellvertrag glaubt, erscheint recht zweifelhaft. Die alljährlich zu beobachtende

### Wiederholung des Geschäftes

während der Hochsommermonate, die sich neuerdings bis weit in den September erstreckt, scheint sich nunmehr zu lockern. In gewissen Grade hemmend wirkt auch die bevorstehende internationale Automobilausstellung in Berlin, die allerhöchstens bis Ende September, insbesondere in Personwagen und Spezialfahrzeugen, in den Schatten stellen wird. Wenn auch gegenüber dem Vorjahr der Absatz allgemein sehr erheblich gestiegen ist, beobachtet man bis vor kurzem in mittelstarken Personwagen eine gewisse Zurückhaltung. Zufriedenstellend war hingegen das Geschäft in Kleinlastwagen und in kleinen Lastkraftwagen von über 3-4 t. Der Absatz in Kleinlastwagen hat eine weitere Ausdehnung erfahren. Der Kraftomnibusverkehr hat laut statistischen Berichten der Kraftverkehr-Deutschland G. m. b. H., in der alle existierenden Kraftlinien zusammengeschlossen sind, eine sehr starke Zunahme zu verzeichnen. Der Wagenbestand hat gegenüber dem Vorjahr um etwa 20 v. H. zugenommen. In ähnlichem Verhältnis nehmen die Zahl der besitzenden Personen und die zurückgelegten Kilometer zu. Zur Zeit verkehren etwa 1078 Omnibusse auf 411 der Bevölkerungsdichte dienenden Linien. Auch im Güterverkehr konnten große Ziergeräten im Besonderen Mengen, geleistete Wagenkilometer und neu eingestellte Fahrzeuge festgestellt werden. Das Geschäft in Lastkraftwagen war in den letzten Wochen ruhig, nicht jedoch nunmehr merklich abgenommen. Die letzte Schmelzschmelze haben in Vorbereitung des Interesses. Es folgen die mittelstarken Wagen, während die Nachfrage nach Typen von 4-5 Tonnen abfließt und mehr sich in engen Grenzen hält. Spezialfahrzeuge werden im bisherigen Maßstab verlangt, während der Absatz in Motorzweirädern aller Klassen lauernd steht. Es müßten z. T. erhebliche Betriebsveränderungen vorgenommen werden, um der Nachfrage gerecht werden zu können.

Gegenüber der gleichen Zeit im Vorjahr, die sich dem Berichtsjahr des Jahres in Kraftomnibus aller Art i. J. 1928 in Deutschland um etwa 40 v. H. erhöhte, die Motorzweiräder um etwa 200 v. H. Die Kraftomnibusindustrie hat sich dagegen infolge Überfüllung der deutschen Einfuhrzölle am 1. Juli 1928 ganz erheblich verschlechtert. Deutschland steht nunmehr nach Holland an der Spitze, von allen Ländern mit eigener kennzeichneter Kraftfahrzeugindustrie bei weitem am schlechtesten.

\* Gründung der Henschel & Co. KG, Hildesheim a. N. Die Gründung dieser Gesellschaft mit 25 Mill. M. Kapital wurde gestern bekannt. Das Unternehmen übernimmt, wie i. H. gemeldet, die Henschel & Co. m. b. H. zu Hildesheim a. N. sowie das Unternehmen der Weidnerwerke vorm. Wehr. Maschin. AG. in München und betreibt die Fertigung der Typen der neuen Henschel. Die Henschel & Co. KG, doch ist beabsichtigt, im gegebenenfalls nach 25 Jahren zu veräußern. Den Vorstand bilden die Herren Hans Henschel, Bruno Henschel und Hermann Henschel. Der erste Aufsichtsrat besteht aus den Herren Generalmajor Friedrich Wörth von Helmreich, Rostfurt a. M., Dr. Albert Sturm und Rudolf Henschel, Hildesheim a. N.

\* Trennung des „Rhein-Neckar“ in Stuttgart. — Gemütsabklärung. Die z. B. H. genehmigte den Abschluß für das G. J. 1927, der mit einem Gewinn von 1200 M. abschließt, der zur teilweisen Deckung des vorliegenden Verlustes (172 M.) zurgetragen wird. In der Bilanz haben 11 331 (10 200) M. Schulden (1927) 11 331 (10 200) M. Rücklagen gegenüber. Die Bilanz, Revision, Buchhaltung und Betriebsverhältnisse sind für die Zukunft und Zurechnung fest zu bestimmen. Der Vorstand Hermann Sauer wurde an die Spitze des Rhein-Neckar-Konzerns ernannt. Die Stelle des Aufsichtsratspräsidenten hat Hans-Joachim in dem Konzern gewährt.

\* Philipp Holzmann AG, Frankfurt a. M. Die Zweigstelle der Gesellschaft in Düsseldorf hat den Auftrag zum Bau einer Betonbrücke über die Willemsen (Stadt) erhalten. Der Gegenwert des Auftrages beläuft sich einschließlich aller ergänzenden Arbeiten auf etwa 1 Mill. M.

\* Rheinische Eisenwerke AG, Düsseldorf. — Verleumdung. Die Gesellschaft hat vor Instanz ihr Aktienkapital um 20 auf 100 Mill. M. erhöht. Von den neuen Aktien sind 25 Mill. M. zur Durchführung der Verleumdung mit den Werken der Rheinischen Eisenwerke AG, insbesondere die restlichen 75 Mill. M. neuen Aktien sollen ausgeben werden nach den Befehlen der Verwaltung.

\* Verleumdung Elba AG, Leipzig. — Abklärung. Die Gesellschaft hat den Abschluß für 1927 vor. Der Betriebsergebnis betrug 445 211 Mark, der Reingewinn 13 500 M. Dieser ermittelte sich durch den Reingewinn von 1192 M. Hauptposten unter Aktiva sind Rückstellungen 2 700 000, Vorräte 1 751 875, Forderungen 2 718 575, dagegen Rückstellungen 1 940 952 bei 240 000 M. Kapital.

\* Verein für Textilindustrie AG, Berlin. — 10 v. H. Dividende. Der Aufsichtsrat schloß nach Abschreibung von 402 880 M. (1927/28) wieder eine Dividende von 10 v. H. auf das erhöhte Aktienkapital vor. Zurzeit ist die Gesellschaft in allen Abteilungen voll beschäftigt und mit Aufträgen überfüllt.

\* Textilverleumdung. Die abgemachten Verhandlungen in der Zürcher Textilindustrie. Die abgemachten Verhandlungen in der Zürcher Textilindustrie sind abgeschlossen worden im Hinblick auf die Zürcher Textilindustrie hat ergeben, daß längere Beratungen sowie auch die Schlichtungskommission zu keinem Ergebnis. Die weiteren Verhandlungen werden auf unbestimmte Zeit vertagt.

### Mannheimer Hafenverkehr 1928

Staatliche Mengenergebnisse der M. H. V.

Verkehrsart	Ankunft in Tonnen		Abgang in Tonnen	
	zu Berg	zu Tal	zu Berg	zu Tal
August 1928	431 104	25 013	7 222	50 233
August 1927	388 725	37 610	4 528	46 503
Jan. 1928	154 533	27 948	5 303	51 312
Jan. 1927	1 146	21 204	4 417	34 787
April 1928	126 631	80 797	2 562	25 205
April 1927	84 046	15 580	5 277	31 141
April 1928	47 020	20 009	6 710	50 514
April 1927	252 702	14 341	7 218	29 964
Januar 1928	411 586	14 800	3 077	31 471

### Börsenberichte vom 25. September 1928

Mannheim behauptet

Der gestrige Aktienmarkt war sehr ruhig. Die Kurse der Aktien waren im allgemeinen abwärtsgerichtet. Die Kurse der Industrieaktien waren im allgemeinen abwärtsgerichtet. Die Kurse der Bankaktien waren im allgemeinen abwärtsgerichtet. Die Kurse der Staatsaktien waren im allgemeinen abwärtsgerichtet. Die Kurse der Fremdwährungen waren im allgemeinen abwärtsgerichtet.

Die Kurse der Aktien waren im allgemeinen abwärtsgerichtet. Die Kurse der Industrieaktien waren im allgemeinen abwärtsgerichtet. Die Kurse der Bankaktien waren im allgemeinen abwärtsgerichtet. Die Kurse der Staatsaktien waren im allgemeinen abwärtsgerichtet. Die Kurse der Fremdwährungen waren im allgemeinen abwärtsgerichtet.

Die Kurse der Aktien waren im allgemeinen abwärtsgerichtet. Die Kurse der Industrieaktien waren im allgemeinen abwärtsgerichtet. Die Kurse der Bankaktien waren im allgemeinen abwärtsgerichtet. Die Kurse der Staatsaktien waren im allgemeinen abwärtsgerichtet. Die Kurse der Fremdwährungen waren im allgemeinen abwärtsgerichtet.

den KCB, Aktien und Lehmann je 1/2 v. H. anziehen. Schudert haben dagegen 2 v. H. und Siemens 1 v. H. nach J. G. Korb. Industrie blieben wieder hart veranlagt und erzielten keine wesentlichen Erfolge. Die Kurse der Industrieaktien waren im allgemeinen abwärtsgerichtet. Die Kurse der Bankaktien waren im allgemeinen abwärtsgerichtet. Die Kurse der Staatsaktien waren im allgemeinen abwärtsgerichtet. Die Kurse der Fremdwährungen waren im allgemeinen abwärtsgerichtet.

Die Kurse der Aktien waren im allgemeinen abwärtsgerichtet. Die Kurse der Industrieaktien waren im allgemeinen abwärtsgerichtet. Die Kurse der Bankaktien waren im allgemeinen abwärtsgerichtet. Die Kurse der Staatsaktien waren im allgemeinen abwärtsgerichtet. Die Kurse der Fremdwährungen waren im allgemeinen abwärtsgerichtet.

Die Kurse der Aktien waren im allgemeinen abwärtsgerichtet. Die Kurse der Industrieaktien waren im allgemeinen abwärtsgerichtet. Die Kurse der Bankaktien waren im allgemeinen abwärtsgerichtet. Die Kurse der Staatsaktien waren im allgemeinen abwärtsgerichtet. Die Kurse der Fremdwährungen waren im allgemeinen abwärtsgerichtet.

Die Kurse der Aktien waren im allgemeinen abwärtsgerichtet. Die Kurse der Industrieaktien waren im allgemeinen abwärtsgerichtet. Die Kurse der Bankaktien waren im allgemeinen abwärtsgerichtet. Die Kurse der Staatsaktien waren im allgemeinen abwärtsgerichtet. Die Kurse der Fremdwährungen waren im allgemeinen abwärtsgerichtet.

Die Kurse der Aktien waren im allgemeinen abwärtsgerichtet. Die Kurse der Industrieaktien waren im allgemeinen abwärtsgerichtet. Die Kurse der Bankaktien waren im allgemeinen abwärtsgerichtet. Die Kurse der Staatsaktien waren im allgemeinen abwärtsgerichtet. Die Kurse der Fremdwährungen waren im allgemeinen abwärtsgerichtet.

Die Kurse der Aktien waren im allgemeinen abwärtsgerichtet. Die Kurse der Industrieaktien waren im allgemeinen abwärtsgerichtet. Die Kurse der Bankaktien waren im allgemeinen abwärtsgerichtet. Die Kurse der Staatsaktien waren im allgemeinen abwärtsgerichtet. Die Kurse der Fremdwährungen waren im allgemeinen abwärtsgerichtet.

Die Kurse der Aktien waren im allgemeinen abwärtsgerichtet. Die Kurse der Industrieaktien waren im allgemeinen abwärtsgerichtet. Die Kurse der Bankaktien waren im allgemeinen abwärtsgerichtet. Die Kurse der Staatsaktien waren im allgemeinen abwärtsgerichtet. Die Kurse der Fremdwährungen waren im allgemeinen abwärtsgerichtet.

Die Kurse der Aktien waren im allgemeinen abwärtsgerichtet. Die Kurse der Industrieaktien waren im allgemeinen abwärtsgerichtet. Die Kurse der Bankaktien waren im allgemeinen abwärtsgerichtet. Die Kurse der Staatsaktien waren im allgemeinen abwärtsgerichtet. Die Kurse der Fremdwährungen waren im allgemeinen abwärtsgerichtet.

Die Kurse der Aktien waren im allgemeinen abwärtsgerichtet. Die Kurse der Industrieaktien waren im allgemeinen abwärtsgerichtet. Die Kurse der Bankaktien waren im allgemeinen abwärtsgerichtet. Die Kurse der Staatsaktien waren im allgemeinen abwärtsgerichtet. Die Kurse der Fremdwährungen waren im allgemeinen abwärtsgerichtet.

Die Kurse der Aktien waren im allgemeinen abwärtsgerichtet. Die Kurse der Industrieaktien waren im allgemeinen abwärtsgerichtet. Die Kurse der Bankaktien waren im allgemeinen abwärtsgerichtet. Die Kurse der Staatsaktien waren im allgemeinen abwärtsgerichtet. Die Kurse der Fremdwährungen waren im allgemeinen abwärtsgerichtet.

## Kurszettel der Neuen Mannheimer Zeitung

### Mannheimer Effektenbörse vom 25. September

Werte	Kurs	Werte	Kurs
10% Reichsanleihe 1927	102,50	10% Reichsanleihe 1928	102,50
10% Reichsanleihe 1929	102,50	10% Reichsanleihe 1930	102,50
10% Reichsanleihe 1931	102,50	10% Reichsanleihe 1932	102,50
10% Reichsanleihe 1933	102,50	10% Reichsanleihe 1934	102,50
10% Reichsanleihe 1935	102,50	10% Reichsanleihe 1936	102,50
10% Reichsanleihe 1937	102,50	10% Reichsanleihe 1938	102,50
10% Reichsanleihe 1939	102,50	10% Reichsanleihe 1940	102,50
10% Reichsanleihe 1941	102,50	10% Reichsanleihe 1942	102,50
10% Reichsanleihe 1943	102,50	10% Reichsanleihe 1944	102,50
10% Reichsanleihe 1945	102,50	10% Reichsanleihe 1946	102,50
10% Reichsanleihe 1947	102,50	10% Reichsanleihe 1948	102,50
10% Reichsanleihe 1949	102,50	10% Reichsanleihe 1950	102,50

### Frankfurter Börse vom 25. September

Werte	Kurs	Werte	Kurs
10% Reichsanleihe 1927	102,50	10% Reichsanleihe 1928	102,50
10% Reichsanleihe 1929	102,50	10% Reichsanleihe 1930	102,50
10% Reichsanleihe 1931	102,50	10% Reichsanleihe 1932	102,50
10% Reichsanleihe 1933	102,50	10% Reichsanleihe 1934	102,50
10% Reichsanleihe 1935	102,50	10% Reichsanleihe 1936	102,50
10% Reichsanleihe 1937	102,50	10% Reichsanleihe 1938	102,50
10% Reichsanleihe 1939	102,50	10% Reichsanleihe 1940	102,50
10% Reichsanleihe 1941	102,50	10% Reichsanleihe 1942	102,50
10% Reichsanleihe 1943	102,50	10% Reichsanleihe 1944	102,50
10% Reichsanleihe 1945	102,50	10% Reichsanleihe 1946	102,50
10% Reichsanleihe 1947	102,50	10% Reichsanleihe 1948	102,50
10% Reichsanleihe 1949	102,50	10% Reichsanleihe 1950	102,50

### Berliner Börse vom 25. September

Werte	Kurs	Werte	Kurs
10% Reichsanleihe 1927	102,50	10% Reichsanleihe 1928	102,50
10% Reichsanleihe 1929	102,50	10% Reichsanleihe 1930	102,50
10% Reichsanleihe 1931	102,50	10% Reichsanleihe 1932	102,50
10% Reichsanleihe 1933	102,50	10% Reichsanleihe 1934	102,50
10% Reichsanleihe 1935	102,50	10% Reichsanleihe 1936	102,50
10% Reichsanleihe 1937	102,50	10% Reichsanleihe 1938	102,50
10% Reichsanleihe 1939	102,50	10% Reichsanleihe 1940	102,50
10% Reichsanleihe 1941	102,50	10% Reichsanleihe 1942	102,50
10% Reichsanleihe 1943	102,50	10% Reichsanleihe 1944	102,50
10% Reichsanleihe 1945	102,50	10% Reichsanleihe 1946	102,50
10% Reichsanleihe 1947	102,50	10% Reichsanleihe 1948	102,50
10% Reichsanleihe 1949	102,50	10% Reichsanleihe 1950	102,50

### Industrie-Aktien

Werte	Kurs	Werte	Kurs
10% Reichsanleihe 1927	102,50	10% Reichsanleihe 1928	102,50
10% Reichsanleihe 1929	102,50	10% Reichsanleihe 1930	102,50
10% Reichsanleihe 1931	102,50	10% Reichsanleihe 1932	102,50
10% Reichsanleihe 1933	102,50	10% Reichsanleihe 1934	102,50
10% Reichsanleihe 1935	102,50	10% Reichsanleihe 1936	102,50
10% Reichsanleihe 1937	102,50	10% Reichsanleihe 1938	102,50
10% Reichsanleihe 1939	102,50	10% Reichsanleihe 1940	102,50
10% Reichsanleihe 1941	102,50	10% Reichsanleihe 1942	102,50
10% Reichsanleihe 1943	102,50	10% Reichsanleihe 1944	102,50
10% Reichsanleihe 1945	102,50	10% Reichsanleihe 1946	102,50
10% Reichsanleihe 1947	102,50	10% Reichsanleihe 1948	102,50
10% Reichsanleihe 1949	102,50	10% Reichsanleihe 1950	102,50

### Bank-Aktien

Werte	Kurs	Werte	Kurs
10% Reichsanleihe 1927	102,50	10% Reichsanleihe 1928	102,50
10% Reichsanleihe 1929	102,50	10% Reichsanleihe 1930	102,50
10% Reichsanleihe 1931	102,50	10% Reichsanleihe 1932	102,50
10% Reichsanleihe 1933	102,50	10% Reichsanleihe 1934	102,50
10% Reichsanleihe 1935	102,50	10% Reichsanleihe 1936	102,50
10% Reichsanleihe 1937	102,50	10% Reichsanleihe 1938	102,50
10% Reichsanleihe 1939	102,50	10% Reichsanleihe 1940	102,50
10% Reichsanleihe 1941	102,50	10% Reichsanleihe 1942	102,50
10% Reichsanleihe 1943	102,50	10% Reichsanleihe 1944	102,50
10% Reichsanleihe 1945	102,50	10% Reichsanleihe 1946	102,50
10% Reichsanleihe 1947	102,50	10% Reichsanleihe 1948	102,50
10% Reichsanleihe 1949	102,50	10% Reichsanleihe 1950	102,50

### Wannheimer Aktienmarkt am 25. September

Werte	Kurs	Werte	Kurs
10% Reichsanleihe 1927	102,50	10% Reichsanleihe 1928	102,50
10% Reichsanleihe 1929	102,50	10% Reichsanleihe 1930	102,50
10% Reichsanleihe 1931	102,50	10% Reichsanleihe 1932	102,50
10% Reichsanleihe 1933	102,50	10% Reichsanleihe 1934	102,50
10% Reichsanleihe 1935	102,50	10% Reichsanleihe 1936	102,50
10% Reichsanleihe 1937	102,50	10% Reichsanleihe 1938	102,50
10% Reichsanleihe 1939	102,50	10% Reichsanleihe 1940	102,50
10% Reichsanleihe 1941	102,50	10% Reichsanleihe 1942	102,50
10% Reichsanleihe 1943	102,50	10% Reichsanleihe 1944	102,50
10% Reichsanleihe 1945	102,50	10% Reichsanleihe 1946	102,50
10% Reichsanleihe 1947	102,50	10% Reichsanleihe 1948	102,50
10% Reichsanleihe 1949	102,50	10% Reichsanleihe 1950	102,50

### Wannheimer Aktienmarkt am 25. September

Werte	Kurs	Werte	Kurs
10% Reichsanleihe 1927	102,50	10% Reichsanleihe 1928	102,50
10% Reichsanleihe 1929	102,50	10% Reichsanleihe 1930	102,50
10% Reichsanleihe 1931	102,50	10% Reichsanleihe 1932	102,50
10% Reichsanleihe 1933	102,50	10% Reichsanleihe 1934	102,50
10% Reichsanleihe 1935	102,50	10% Reichsanleihe 1936	102,50
10% Reichsanleihe 1937	102,50	10% Reichsanleihe 1938	102,50
10% Reichsanleihe 1939	102,50	10% Reichsanleihe 1940	102,50
10% Reichsanleihe 1941	102,50	10% Reichsanleihe 1942	102,50
10% Reichsanleihe 1943	102,50	10% Reichsanleihe 1944	102,50
10% Reichsanleihe 1945	102,50	10% Reichsanleihe 1946	102,50
10% Reichsanleihe 1947	102,50	10% Reichsanleihe 1948	102,50
10% Reichsanleihe 1949	102,50	10% Reichsanleihe 1950	102,50

### Wannheimer Aktienmarkt am 25. September

Werte	Kurs	Werte	Kurs
10% Reichsanleihe 1927	102,50	10% Reichsanleihe 1928	102,50
10% Reichsanleihe 1929	102,50	10% Reichsanleihe 1930	102,50
10% Reichsanleihe 1931	102,50	10% Reichsanleihe 1932	102,50
10% Reichsanleihe 1933	102,50	10% Reichsanleihe 1934	102,50
10% Reichsanleihe 1935	102,50	10% Reichsanleihe 1936	102,50
10% Reichsanleihe 1937	102,50	10% Reichsanleihe 1938	102,50
10% Reichsanleihe 1939	102,50	10% Reichsanleihe 1940	102,50
10% Reichsanleihe 1941	102,50	10% Reichsanleihe 1942	102,50
10% Reichsanleihe 1943	102,50	10% Reichsanleihe 1944	102,50
10% Reichsanleihe 1945	102,50	10% Reichsanleihe 1946	102,50
10% Reichsanleihe 1947	102,50	10% Reichsanleihe 1948	102,50
10% Reichsanleihe 1949	102,50	10% Reichsanleihe 1950	102,50



Sanierung der Maschinenfabrik Ehrhard & Schmeier Saarbrücken

Die Verhandlungen zur Sanierung der bekannten Maschinenfabrik Ehrhard & Schmeier sind nunmehr abgeschlossen...

\* Graphitwerk Kropfmühl AG, München. — Erhöhung des KR. Die KR. am 20. September beschloß, den KR. auf 1927 mit 248 041 Mark in der Weise zu heben...

\* Bauhener Tuchfabrik AG, Bausen. — Außen. Das am 31. März abgelaufene Geschäftsjahr der Bauhener Tuchfabrik AG...

? Das Herbstablenge-Geld. Die Lage auf dem Herbstablenge-Geldmarkt hat sich wie u. a. dem jüngsten Sonderablengebericht zu entnehmen läßt...

\* Zur Veräußerung für Waldrath. In der Pressemeldung, daß vor kurzer Zeit für einen Teil der Waldrathabnehmer eine erhebliche, etwa 20proz. Preiserhöhung vorgenommen worden sei...

Statt besonderer Anzeige. Gestern abend 11 Uhr wurde mir mein geliebter Mann, unser herrlicher Vater, Bruder, Schwiegervater, Schwager, Großvater und Onkel, Herr Jakob Zimmermann Lokomotivführer...

Von der Heise zurück Dr. Selting Hals-, Nasen- und Ohrenarzt. Rensselastr. 7. Telefon 33000. Bilanz per 31. Juni 1928.

Vermischtes. Nebenzimmer an vergeben. Tüchtige Büglerin empfiehl ich außer dem Hause. Nähen u. Flicker wird angenommen. Flickerin hat noch Tage frei.

Landesbank für Haus- und Grundbesitz. Die Bilanz zum 31. Juni 1928 zeigt gegenüber dem Vorjahre eine wesentliche Erhöhung sämtlicher Posten.

Wer bezieht Lampenschirme? 2-3000 K gesucht. Goldverkehr 500 bis 600 Mark monatliche Umsätze.

Elegante Damenhüte. In großer Auswahl. Umarmelton anerkannt I. klassig. Faslonieren, wie neu 2,50, auch reinigen.

Geschmackvolle Haushaltwaren zu volkstümlichen Preisen. Bild einer Frau am Tisch mit Teekanne und Teller.

Die neue mattierte Preßglas-Serie. Teller 50g, Schlüssel 95g, Vase 1.90, Sahnensatz 3.90, Aufsatz mattiert 3.90, Krümelmaschine 5.90, Vasen 1.95, Elektr. Heizsonne 18.50, Elektr. Bügeleisen 7.80, Wand-Kaffeemühle 2.95.

Die geschmackvolle Delft-Küche. Satz Milchtöpfe 4.50, Löffelblech 2.50, Satz Kochtöpfe 12.50, Konsolle mit Bedier 1.95, Tonnengarnitur 12.75, 4 Vorratsdosen 3.75, Brotkasten 1.95, Küchenuhr 5.90, Eierschrank 12.50, Handtuchhalter 3.75, Zwiebelbehälter 1.50, Sand-, Seife-, Soda-Garnitur 2.50.

Moderne Wirtschaftswaren in gelb und rot. Kerzenleuchter 50g, Vasen 95g, Mokkaervice 2.90, Brotkorb 50g, Postkartenrahmen 1.25, Blumenschalen 1.75, Kuchenteller 1.25, Butterdose 1.75, Kaffeekann 3.85, Tasse 75g, Brotkasten 3.75, Zimm.-Gießkannen 1.25, Tablett 2.25, Vorratsdose 95g, Keksdose 3.95, Kakao-Kanne 2.90.

August Weiss Rl. 7 III. Tuchhandlung am Markt. zeigt den Eingang der neuesten deutschen und englischen Herren-Stoffe zu Anzügen, Überzieher und Hosen in großer Auswahl bei billigsten Preisen an.

Warenhaus KANDER. Verkauf echter holl. Blumenzwiebeln im 2. Stock. Beachten Sie unsere Spezialfenster an der Breitenstraße. T. 1, 1, Schwebingersir. Neckarstoll. Mittelstr. 12354



